

BULLETIN

NUMMER 1 | MÄRZ 2020



-
- * 4 Junge Alternative - Durch die Hintertür *
 - * 8 XR - Mit Liebe und Wut *
 - * 10 Verkehrspolitik - Modal Split umkehren *
 - * 16 Flucht - Endlos *
 - * 18 Geschichte - «Zuger Nachrichten» und Auschwitz *
-

2 Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Eine Erfolgsgeschichte

4 Junge Alternative

Durch die Hintertür

6 Spionage

C wie Crypto

7 Grünspecht

Rechtskurs und Namenssuche

8 XR

Mit Liebe und Wut

10 Verkehrspolitik

Modal Split umkehren

14 Kantonsrat

Klima und Zuger Politik

16 Flucht

Endlos

18 Geschichte

Zuger Nachrichten und Auschwitz

20 Permakultur

Nachhaltiger Landbau

22 Nationalrat

Erste Session

24 Verkehr

Flanieren in Zug

25 Abstimmungen

Nationale Vorlagen

26 Referendum

Gegen das e-ID Gesetz

28 Referendum

Nein zum missratenen Jagdgesetz

30 Service

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Titelbild

Das Titelbild zeigt einen Drachen, den geflüchtete Kinder in einem Flüchtlingslager in Griechenland gebastelt haben. Das Material dazu ist aus einem zeretztem Zeltstoff recycelt worden. Das BULLETIN berichtet regelmässig über die Situation von Geflüchteten in Griechenland (Seite 16–17).

Eine Erfolgsgeschichte

Berty Zeiter Baar, Gemeinderätin ALG

Irène hatte ich an einer Mitgliederversammlung unserer Partei kennengelernt, vor etlichen Jahren. Vor drei Jahren erkrankte Irène schwer. Nach einem Spitalaufenthalt letzten Sommer war es ihr Wunsch, auf weitere Chemotherapien zu verzichten und nach Hause zu gehen. Das Palliativ-Care-Team der kantonalen Spitex erarbeitete für Irène einen Notfallplan mit komplettem Notfallkoffer. Damit war es Partner Edi möglich, ihr die erforderlichen Medikamente zu verabreichen. Zuhause pflegte er sie mit Hilfe ihrer Tochter und lieben Freundinnen während vier Wochen, bis sie im Herbst schmerzfrei und friedvoll in ihrem Bett verstarb. Ein Einsatz, der voll an Edis Kraftsubstanz ging, und der nur möglich war, weil die Spitex sie jeden Tag zweimal besuchte. Die Palliativ-Fachfrau sah jeweils genau, wie es um Irènes Wohlbe finden stand und was notwendig war, um ihre Atemnot und ihre Ängste zu lindern. Sie und ihr Palliativ-Care-Team waren auch rund um die Uhr telefonisch erreichbar und im Einsatz, um in plötzlich auftretenden Krisen zu beraten und Hilfe zu leisten. Warum erzähle ich euch diese – auch für mich prägende und schöne – Sterbe Geschichte? Weil sie vor 20 Jahren im Kanton Zug so noch nicht denkbar gewesen wäre. Damals wäre Irène höchstwahrscheinlich noch bis zuletzt im Spital aufwändig kurativ behandelt worden und auch dort verstorben. Und weil ich einen Beitrag dazu leisten durfte, dass sich auch in unserer Region seit der Jahrtausendwende die Krankenpflege im letzten Lebensabschnitt wesentlich verändert und neu ausgerichtet hat. Das kam so: Als mir im Herbst 2002 eine Nachbarin zu meiner ersten Wahl in den Kantonsrat gratulierte,

*meinte sie so nebenbei: «Jetzt kannst du dich dafür einsetzen, dass die Palliative Care auch im Kanton Zug Fuss fassen kann!» Der Wähler*innen-Wunsch sei mir Befehl, dachte ich und reichte im März 2003 meinen ersten Vorstoss ein, unter dem Titel: «Interpellation betreffend Stand und Förderung der Palliative Care im Kanton Zug». Dazu musste ich mich zuerst selber kundig machen und aufklärend vorgehen, denn zu jener Zeit war der Begriff «Palliative Care» oder «palliative Pflege» noch nicht geläufig. Der damalige Regierungsrat und Gesundheitsdirektor Joachim Eder hatte ein offenes Ohr für das Anliegen und nahm den Ball auf. So entstand ein Netzwerk, das in den folgenden Jahren die Verankerung der Palliative Care im Kanton Zug sowohl im stationären wie im ambulanten Bereich förderte. Ab 2011 wurde ich Gemeinderätin in Baar und Mitglied der Sozialvorsteher*innen-Konferenz des Kantons Zug. Meine vertieften Kenntnisse des Gesundheitswesens aus der Kantonsratszeit gaben mir den Mut, die Leitung einer übergemeindlichen Arbeitsgruppe zu übernehmen, welche die spezialisierte Langzeitpflege in unserem Kanton auf neue Füsse stellte. Aus der intensiven Arbeit dieser Gruppe entstand im Jahre 2013 die «Organisation Langzeitpflege» der Einwohnergemeinden, deren Kommission ich ebenfalls noch fast vier Jahre lang präsidieren durfte.*



Zwei der inzwischen elf spezialisierten Angebote in der Langzeitpflege sind eine Leistungsvereinbarung mit der kantonalen Spitexorganisation für Palliative Care ambulant, inkl. Spitex-Nachtdienst, und eine Leistungsvereinbarung mit einer Pflegeinstitution für ein stationäres Palliative-Care-Angebot. Dieses Angebot richtet sich primär an jüngere Menschen, die nicht in einem Pflegeheim leben, und an ihre Angehörigen. Auch in den Alters- und Pflegeheimen bestehen unterdessen überall Konzepte zur palliativen Pflege.

So hat in den letzten zwei Jahrzehnten das würdevolle Sterben einen neuen Stellenwert in unserer Gesellschaft erhalten. Und in vielen Fällen kann die sterbende Person wählen, ob sie zuhause oder in einer Institution ihre letzte Lebenszeit verbringen möchte. ■

Durch die Hintertür

Mara Labud, Junge Alternative Zug

4 Ein Unternehmen aus Zug hat im Auftrag der CIA und des BND manipulierte, angeblich sichere Verschlüsselung an andere Staaten verkauft. Der Erfolg der Unternehmung, der Crypto AG, lag auch an dem neutralen Ruf der Schweiz.

Die Zusammenarbeit zwischen CIA, BND und der Crypto AG überdauert die Jahrzehnte. Es ist ein Coup der Spionage. Im Falklandkrieg lesen die Geheimdienste die Kommunikation Argentiniens mit und können dem verbündeten Grossbritannien Informationen zuspiesen. Grossbritannien gewinnt den Krieg. Die Falklandinseln bleiben unter kolonialer Herrschaft. Auch in innerstaatlichen Konflikten spielt die falsche Sicher-

dem Geld des deutschen Geheimdienstes löst ihn die Firma aus. Bühler wusste nichts von den manipulierten Geräten und stand nach seiner Rückkehr, über 200 Tage später, vor den Scherben seines Lebens. Die Crypto AG entliess ihn und verpflichtete ihn gerichtlich zum Schweigen. Im Verlauf davon und der Wiedervereinigung stieg der deutsche Bundesnachrichtendienst aus der Operation aus. Sie lief unter der CIA weiter, bis



Crypto-Skandal: War es das wert, den Ruf des Kantons zu verkaufen?

heit der Crypto-Geräte ihre Rolle. Sie verschafft den USA entscheidende Vorteile bei der Unterstützung des Militärputsches in Chile 1973. Produkte eines Schweizer Unternehmens helfen, die demokratisch gewählte Regierung durch eine Militärdiktatur abzulösen. 1992 kommt Verdacht auf und ein Verkäufer der Crypto AG, Hans Bühler, wird im Iran festgehalten. Mit

sie schliesslich 2018 aufgelöst wurde. Die Firma wurde in zwei Unternehmen aufgeteilt. Zum einen Crypto AG International, welche das Kundennetzwerk, den Standort und das Branding weiterführt. Zum anderen CyOne Security, welche den Schweizer Markt und das Personal übernahm. Beide Nachfolgeunternehmen haben weiterhin den Geschäftssitz in Steinhausen.

Wieder einmal steht die Schweiz unruhlich im Scheinwerferlicht und wieder einmal ist der Kanton Zug der Schauplatz des Dramas. Der Ablauf der Affäre liest sich wie ein Thriller – von ausländischen Geheimdiensten und verschwundenen Akten zu verstrickten Politikern und Staatsgeheimnissen. So sind kürzlich erst relevante Akten wiederaufgetaucht. Ausserdem stehen mehrere hochrangige Politiker im Verdacht, mindestens informiert gewesen zu sein.

Wie war das mit der Neutralität?

Ob Regierungsmitglieder Bescheid wussten, ist völkerrechtlich relevant. Das liegt daran, dass die Schweizer Aussenpolitik grundsätzlich auf Neutralität basiert. Das Handeln eines privaten Unternehmens, selbst wenn es in der Schweiz ansässig ist, betrifft die Neutralität des Schweizer Staats rechtlich nicht. Problematisch wird es dann, wenn der Schweizer Staat über die Crypto AG Bescheid wusste und zum Teil davon profitierte. Völkerrechtliche Neutralität bedeutet unter anderem, Kriegsparteien, insbesondere in Bezug auf Rüstungsgüter, gleich zu behandeln. Ob Verschlüsselungsgeräte als Rüstungsgüter zählen, darüber kann man streiten. Allerdings: Einer Kriegspartei sichere Kommunikation und der anderen verdeckte Abhörgeräte zu verkaufen, beeinflusst die Chancen doch erheblich und ist mindestens im Geiste der völkerrechtlichen Neutralitätsbedingung hoch problematisch. Das ist kein Gedankenexperiment, es handelt sich um ganz reale Kriegsparteien, wie bereits beschrieben Grossbritannien und Argentinien im Falklandkrieg. Deswegen ist es von enormer Bedeutung aufzuklären, inwiefern Regierungsmitglieder von dem Vorgehen wussten und involviert waren.

Aufklärung durch PUK oder GPDel? Aktuell arbeitet auf nationaler Ebene die Geschäftsprüfungsdelegation

(GPDel) an der Aufklärung. Auch eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) wird gefordert. Beide haben, seit 2011, die gleichen Kompetenzen. Während die GPDel den Vorteil hat, bereits im Amt und grundsätzlich eingearbeitet zu sein, hätte eine PUK deutlich mehr Personal und andere Ressourcen. Allerdings müsste sie erst aufgebaut werden. Ob die GPDel ausreichende Aufklärungsarbeit machen kann, wird sich zeigen. Je nachdem wie weit die Affäre ausufert, kann es durchaus notwendig werden, eine PUK einzu-

setzen. Im Verdacht stehen mittlerweile einige, von (Alt-)Bundsräten zu Zuger Politikern, welche im Verwaltungsrat der Crypto AG sass. Um alle Verdachtsmomente zu klären, müssen die angemessenen Mittel gewählt werden. Hauptsache, die Crypto-Affäre wird gründlich aufgeklärt!

Die Konsequenzen der Crypto AG

Für die Schweiz bedeutet die Affäre um die Crypto AG ein Rütteln am neutralen Selbstverständnis. International wird sie an Vertrauen einbüßen, was die Arbeit der Botschaften und

ihrer guten Dienste erschweren wird. Für Zug heisst es, dass unser Kanton nach den Panama Papers, Paradise Papers, Luanda-Leaks und neben gewissen ansässigen Grosskonzernen, wieder mal der Standort von dubiosen internationalem Handeln ist. Die hiesige Tiefsteuerpolitik sowie die lockere Gesetzgebung bezüglich Briefkastenfirmen mag mehr Geld in die Staatskasse gespült haben. Nur bringen die angelockten Unternehmen nicht nur ihr Geld, sondern auch ihre Skandale mit. War es das wert, den Ruf des Kantons zu verkaufen? ■

LUANDA LEAKS

Am Ende landet man in Zug

VON DANIEL STERN

Wenn es um internationale Geldwäscherei und Korruption geht, steckt die Schweiz meist mittendrin – auch im jüngsten Skandal: Einem Konsortium grosser Medienhäuser wurden 700000 Dokumente aus dem Wirtschaftsimperium von Isabel dos Santos zugespielt. Die Tochter des früheren angolischen Staatspräsidenten José Eduardo dos Santos gilt mit einem geschätzten Vermögen von 2,2 Milliarden Franken als reichste Frau Afrikas. Dass bei der Anhäufung ihres Reichtums nicht alles mit rechten Dingen zugeht, war ein offenes Geheimnis. Trotzdem wurde sie bis jetzt im Norden als Businessfrau gefeiert und hofiert.

Laut «Tages-Anzeiger» spielt auch eine Zuger Holdinggesellschaft eine Rolle im Korruptionsgeflecht von dos Santos. Sie wird von Sindika Dokolo kontrolliert, dem Ehemann von Isabel dos Santos. Es ist eine der grossen Lücken der Schweizer Gesetz-

gebung: Leute wie Dokolo nutzen mithilfe von Schweizer AnwältInnen das hiesige Aktienrecht und die lasche Geldwäschereigesetzgebung, um Gelder in undurchsichtige Beteiligungen zu stecken. In Zug winkt dann noch ein rekordtiefer Steuerfuss.

Der Zuger Anwalt, der für Dokolo seinen Namen hergegeben hat und als Verwaltungsratspräsident der Holding fungierte, beteuert gegenüber der WOZ, er habe nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt: «Das Mandat wurde mir von einer Genfer Anwaltskanzlei zugetragen. Im persönlichen Gespräch habe ich dann von Dokolo einen guten Eindruck bekommen, deshalb habe ich zugesagt.» Der Anwalt ist ein Profi, der schon Dutzende Briefkastenfirmen betreute. Nachdem er mit den Luanda-Leaks-Recherchen konfrontiert worden war, trat er von seinem Posten in der Holding zurück.

Eigentlich hatte der Anwalt bei der Ausübung seines Mandats wenig zu befürchten. Erst jetzt, wo der Skandal öffentlich ist, muss er dafür geradestehen. Er wird sich bei der Selbstregulierungsorganisation des Schweizerischen Anwaltsverbands rechtfertigen müssen. Auch die Zuger Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte und ebenso die Geldwäschereibekämpfung der Bundespolizei müssten sich bei ihm melden.

Wollen wir, dass am Ende jedes grossen Skandals der Kanton Zug steht? Artikel aus der WOZ vom 23. Januar 2020.

C wie Crypto

Josef Lang

6 Die CVP stellte 50 Jahre lang mindestens einen Verwaltungsrat, während 32 Jahren den VR-Präsidenten der Crypto.

Als wir 1983 die Crypto erstmals genauer anschauten, sassen im Verwaltungsrat zwei ehemalige Zuger Stadtpräsidenten. Philipp Schneider war zwischen 1947 und 1974 Stadtrat (die letzten vier Jahre Stadtpräsident) gewesen. Im Verwaltungsrat der Crypto sass er seit deren Gründung 1952 und sollte es noch bis 1988 bleiben. 1970 bis 1988 hatte er den Verwaltungsrat präsidiert, war also während vier Jahren Doppelpräsident gewesen. Es dürfte kein Zufall sein, wurde erstmals ein gewichtiger Zuger Politiker Aufsichtsratsvorsitzender, als die CIA und der BND die Firma aufkauften. Das erhöhte politische Risiko musste politisch versichert werden.

1982 wurde der damalige Stadtpräsident Walther A. Hegglin Crypto-Verwaltungsrat. Allerdings machte ihn nicht das weltberühmt, sondern ein Ausspruch, den er ein paar Monate später am Ende seiner Amtszeit gemacht hat: «Solange es Marc Rich gut geht, geht es Zug auch gut.» Hegglin wurde dann sechs Jahre später Nachfolger von Schneider als VR-Präsident. 2002 übernahm mit Georg Stucky erstmals ein Vertreter der FDP den Vorsitz. Stucky blieb VR-Präsident bis 2016. Zwei Jahre später wurde die Crypto aufgelöst. Damit hatten drei einflussreiche Zuger Politiker während 46 Jahren den Crypto-Verwaltungsrat präsidiert.

Kreuzweg und Stacheldraht

Die drei wichtigsten Zuger Auseinandersetzungen um die Crypto fallen in deren CVP-Phase. Im September 1985 organisierten wir Alternativen einen Kreuzweg gegen die Apartheid und die Kollaboration von Zuger Firmen. Die Crypto, die dem Rassistenregime Geheimdienstgeräte lieferte, prangerten wir ebenfalls an. Aber weil sie zu weit entfernt war,

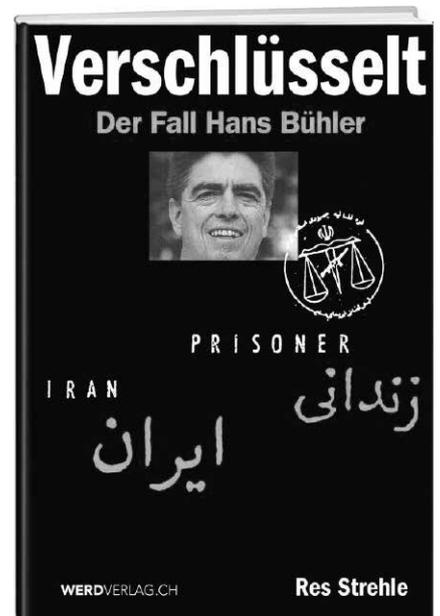
gehörte sie nicht zu den 14 Stationen. Trotzdem wurde sie in Steinhäusern mit Stacheldraht abgesichert. Über unsere Gefährlichkeit sagte das nichts aus, über das schlechte Gewissen der Direktoren und Verwaltungsräte sehr viel. Dieses fand auch auf der Strasse seinen Ausdruck. Ich mag mich an keine Demo erinnern, in der uns vom Strassenrand so viel Hass entgegenschlug. Zudem fotografierte uns die Polizei auf höchst provokative Art und Weise. Und die SP? Sie boykottierte unsere Aktion, weil sie dagegen war, dass man über die Apartheid hinaus auch Firmen wie die Crypto kritisierte.

1993/94 kaufte die Zuger Regierung neue Funkgeräte, und zwar nicht die teuren der Crypto, sondern die günstigeren von Motorola. Crypto-Vertreter, unter ihnen der VR-Präsident Hegglin, warnten Ratsmitglieder vor einem US-Gerät. Einem solchen könne man nicht trauen. Im Oktober 1994 führten wir mit dem Buch-Autor Res Strehle und Hans Bühler, der wegen der Gerätemanipulation, von der er nichts wusste, im Iran festgehalten worden war, im Casino eine Veranstaltung durch. Dabei tauchte der Crypto-Chef Armin Huber auf und bezeichnete die Aussagen von Strehle und Bühler als «Hirngespinnst».

Wertezerfall und Wertedebatte

Heute wissen wir, dass alles noch viel massiver und schlimmer war. Die Crypto-Affäre enthüllt einen unglaublichen Wertezerfall: Verletzung von Treu und Glauben bei Kaufverträgen, Verweigerung der Transparenz gegenüber dem Parlament und dem Volk, Missachtung der Neutralität. Das Schweigen der CVP-Wertedebatte bestätigt, dass es dieser bloss um eine Sache gegangen ist: Ausgrenzung von Andersgläubigen,

insbesondere muslimischen. Pikant ist, dass der wohl wichtigste Crypto-Kunde der Fundi-Staat Saudi-Arabien gewesen war. Damit hat die CVP die gross angekündigte Wertedebatte unwürdig verscharrt – unter einer Steinplatte mit einem grossen «C». Aber dieses steht nicht für «Christlich», sondern für «Crypto». ■



Veranstaltung

Der Journalist Res Strehle publizierte 1994 ein Buch über den «Fall Hans Bühler» und die Manipulation von Chiffriergeräten durch die Zuger Crypto AG. Nun wird dieses neu aufgelegt. Am 20. April, 20 h diskutieren u.a. Jo Lang und Res Strehle im Siehbachsaal zum Thema Cryptoleaks.

Rechtskurs und Namenssuche

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Die drei grossen bürgerlichen Parteien SVP, FDP und CVP arbeiten auf einen rechten Schulterabschluss hin. Dem Grünrutsch bei den Wahlen folgt nun der Rechtsrutsch im Parlament. Auch mit Hilfe der CVP, die sich zudem noch einen neuen Namen sucht.

7

Wie war das doch so schön und bequem für Gerhard Pfister in der letzten Legislatur. SVP und FDP hatten eine knappe Mehrheit im Nationalrat. Da musste die CVP nur ein bisschen abweichen – und schon galt sie als lösungsorientierte Partei der Mitte und Brückenbauerin. Jetzt nach den Wahlen im Oktober ist die rechte Mehrheit weg; SVP und FDP sind wieder auf die CVP angewiesen – und was macht diese? Sie reiht sich brav in den rechten Schulterabschluss ein.

Wende nach rechts

Fabian Renz, Leiter der TA-Bundeshausredaktion, hat am 21. Dezember Belege geliefert: Die Überbrückungsrenten, mit denen der Bundesrat die Not älterer Erwerbloser lindern will, wurden auch mit CVP-Hilfe zusammengestrichen. Die Zulassung zum Zivildienst wird verschärft. Zur Konzernverantwortungsinitiative wird ein zahnloser Gegenentwurf gezimmert. Bauen im Grünen und damit die Landschaftsverhandlung wird weiterhin geduldet. Für die ökologische Aufwertung von Gewässern gibt es viel weniger Geld, obwohl Projekte von Kantonen und Gemeinden auf dem Tisch liegen. Kurz – und damit ist nicht der österreichische Bundeskanzler gemeint: Die Christdemokraten unter Pfister verfolgen wieder einen rechts-bürgerlichen Kurs.

Davon zeugt auch die Nichtwahl von Regula Rytz in den Bundesrat. Arroganter – man lädt die Kandidatin nicht einmal zu einem Gespräch ein – geht es nicht. Anders Sebastian Kurz, Pfisters Gschpänli in Österreich: Die Konservativen wagen die Koalition mit den Grünen. Auch aus der Erkenntnis heraus,

dass die Wahlgewinner nicht einfach von der Verantwortung ausgesperrt werden können. Nur im sogenannten Schweizer Konkordanzsystem, in dem alle relevanten Kräfte in die Verantwortung eingebunden sein sollten, gilt dies nicht. Da hofft man auf das Ende des Klimahypes und verweigert die Konkordanz.

Wende ohne «C»?

Zur politischen Wende kommt jetzt noch die Diskussion um das «Christlich» im Namen der CVP. Fakt ist, die CVP ist in den grossen Kantonen mittlerweile ein Nonvaleur. In den sechs Kantonen Zürich, Bern, Waadt, Aargau, St. Gallen und Genf, wo insgesamt 120 von 200 Nationalratssitzen vergeben werden, kommt die CVP noch auf sechs eigene Mandate. Nur dank des Zuzugs aus der BDP und der EVP sieht in diesen Kantonen die Statistik etwas besser aus.

Im «Sonntags-Blick» vom 24. November zog Chefredaktor Gieri Cavelti das Fazit, dass die CVP «erschöpft und ausgezehrt» wirke. Er schrieb von einer «verängstigten Rest-CVP». Die ganze Namensdiskussion der letzten Wochen und Monate ist sichtbarer Ausdruck dieser Unsicherheit. Treffender als der Walliser CVP-Ständerat Beat Rieder könnte es der Grünspecht nicht ausdrücken. Darum zitiert er hier («Zuger Zeitung» vom 9. Januar): «Nur eine Partei, die an sich zweifelt, ändert ihren Namen.»

Der Verzicht aufs «C» soll – so das Kalkül der Parteispitze – erstens die mögliche Fusion mit der BDP voranbringen und zweitens der Partei neue Wählerschichten vor allem in Städten und Agglomerationen erschliessen. Das Erste dürfte wohl irgendwann eintreffen, da die BDP



ausser der Selbstaflösung keine andere valable Alternative hat. Das Zweite dürfte schwieriger werden; Hans Swierstra aus Meggen hat dies in einem Leserbrief («Zuger Zeitung» vom 11. Januar) als «pures Wunschdenken» bezeichnet. Die urbane Mitte ist schon längst bei den Grünen (christlich-soziale) oder bei der GLP. Das Problem der CVP ist in der Tat das «C». Aber nicht in dem Sinne, dass es gestrichen werden sollte. Sondern im Sinne, dass mit der Wende nach rechts die christlichen Grundsätze in der aktuellen CVP-Politik immer weniger sichtbar sind. «Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Schöpfung» sind mittlerweile bei anderen Parteien besser aufgehoben. ■

Mit Liebe und Wut

BULLETIN-Redaktion

8 Die BULLETIN-Redaktion hatte die Gelegenheit, ein Interview mit einem Zuger Vertreter von Extinction Rebellion (XR) zu führen, der Organisation, die mit zivilem Ungehorsam und spektakulären Aktionen die Öffentlichkeit auf die stattfindende Umweltkrise aufmerksam machen will – und dass es längst fünf nach zwölf gewesen ist.

BULLETIN: Was ist und woher kommt XR?

XR: Extinction Rebellion ist eine gewaltfreie, sozial-ökologische Bewegung, die mittels zivilen Ungehorsams gegen die Untätigkeit der Regierungen bezüglich der Klima-

hat gezeigt, dass massenhafter, gewaltfreier ziviler Ungehorsam das effektivste Mittel ist, um in einem trägen System schnellstmöglich Veränderungen zu erreichen. XR macht explizit auf die Untätigkeit der Parlamente aufmerksam.



Herbst 2019: XR-Aktion im Metalli.

krise und das rasante Artenaussterben protestiert. Sie wurde im Mai 2018 in England gegründet.

BULLETIN: Es gibt bereits viele Gruppierungen, Bewegungen und NGOs. Warum braucht es XR?

XR: Ganz einfach: Weil trotz all dieser Gruppierungen und Bewegungen die Emissionen der Treibhausgase in den letzten 40 Jahre global um 60 Prozent gestiegen sind. Es braucht deshalb einen neuen Weg. XR geht mit dem zivilen Ungehorsam einen Schritt weiter, denn die Geschichte

BULLETIN: Was sind die Ziele und die Forderungen von XR?

XR: Extinction Rebellion hat drei Hauptforderungen an die Regierungen. Erstens müssen die Regierungen und ihre Organe die Bevölkerung über das wahre Ausmass der Klima- und Biodiversitätskrise informieren. Zweitens muss sofort mit allen Mitteln begonnen werden, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren, so dass er bis 2025 auf netto null reduziert wird. Drittens werden Bürger*innenversammlungen gefordert, die von Experten*innen (aus den

Bereichen Klimatologie, Ökologie, Ökonomie usw.) beraten werden. Sie entscheiden, wie der Treibhausgasausstoss möglichst schnell gesenkt werden kann.

BULLETIN: Wie ist XR organisiert, in Zug und international?

XR: In Zug sind wir noch eine kleine Gruppe von zehn Leuten, die sich im Schnitt zweimal im Monat trifft. Allgemein ist XR dezentral organisiert. Das heisst: Die Lokalgruppen entscheiden selbständig über Vorgehen und Aktionen, sofern diese die Prinzipien und Werte von XR reflektieren. Es kann vorkommen, dass einzelne Gruppen gemeinsame Aktionen machen. Jeweils im Frühling und im Herbst gibt es eine internationale Rebellion Week.

BULLETIN: XR ist durch spektakuläre Aktionen bekannt geworden. Wie geht XR vor, und welche Mittel setzt XR ein?

XR: Die Hauptstrategie ist, mittels zivilen Ungehorsams etwas so lange zu blockieren, bis ein wirtschaftlicher Schaden daraus entsteht und die Regierung das Problem nicht länger ignorieren kann. Dabei nehmen viele auch Verhaftungen in Kauf. Es gibt aber genügend andere legale Aufgaben, die mensch an einer Aktion übernehmen kann.

BULLETIN: Welche Werte sind für XR wesentlich? Wo liegen für XR die Grenzen des Zulässigen?

XR: Die Gewaltfreiheit ist absolut zentral bei all unseren Aktionen. Wir wollen uns und das System, in dem wir leben, offen herausfordern. Wir folgen dazu einem zyklischen Prozess aus Aktionen, Reflexion, Lernen und dem Planen weiterer Aktionen. Wir wollen eine gesunde, anpassungsfähige Kultur aufbauen, in der wir uns auch erholen und weiterentwickeln können. Bei uns sind alle Menschen willkommen, solange sie unsere Werte respektieren.



Die Zuger Gruppe von Extinction Rebellion.

BULLETIN: XR weckt bei einigen Leuten Bedenken und Ängste. Wie steht XR zum demokratischen Rechtsstaat? Seht ihr Alternativen dazu? Falls ja, welche?

XR: Extinction Rebellion hat grundsätzlich kein Problem mit dem demokratischen Rechtsstaat. Ganz im Gegenteil: Wir finden Demokratie super. Das Problem ist, dass diese Umweltkrise, in der wir uns befinden, schnelleres Handeln erfordert, als es im jetzigen System möglich ist. Mit der Forderung nach Bürger*innenversammlungen wollen wir dieses Problem beseitigen. Bürger*innenversammlungen bestehen aus einer bestimmten Menge an zufällig gewählten Personen, die repräsentativ für die ganze Bevölkerung sind. Sie würden durch Expert*innen informiert und könnten so schnellere und bessere Entscheidungen treffen, als dies in der Regierung möglich ist. Zudem würden sie nicht durch Lobbyisten beeinflusst und müssten sich keine Gedanken über eine Wie-

derwahl machen. Dadurch würde die Demokratie sogar noch erweitert. Es soll kein Ersatz für das Parlament und den Bundesrat sein. Die Entscheide wären aber rechtlich gültig und nicht nur eine Empfehlung.

BULLETIN: Wie lange wird es XR geben?

XR: Das wissen wir nicht. Wir machen auf die eine oder andere Art so lange weiter, bis wir zufrieden sind.

BULLETIN: Was wird nach XR kommen?

XR: Die Agrar- und Energiewende. Wir wissen nicht, ob es ein «nach XR» gibt.

BULLETIN: Habt ihr sonst noch etwas mitzuteilen, das euch am Herzen liegt?

XR: Ja. Die Fakten des IPCC-Berichts (IPCC = Weltklimarat der UNO) werden von den Medien bei Berichten über Klimademos oft nicht erwähnt, obschon es ja um diese geht. Und die Behörden, die uns eigentlich genügend darüber informieren müssten, kennen die Fakten oft selbst nicht genügend. Deshalb nutzen wir hier die Chance. Die Klimaerhitzung gibt es. Klimawissenschaftler weltweit sind sich einig, dass wir dringend handeln müssen. Die Atmosphäre hat sich gegenüber vorindustriellem Niveau schon um 1° C erwärmt. Das hört sich nach nicht viel an, hat aber massiven Einfluss aufs Klima und auf die Ökosysteme auf der ganzen Welt, von denen wir abhängig sind. Es ist praktisch ausgeschlossen, dass wir die Erderwärmung noch auf 1,5° C begrenzen können. Wenn alle Zusagen des Pariser Abkommens eingehalten würden, würden wir immer noch bei über 2° C landen. Aber nicht einmal diese werden eingehalten. Mit dem momentanen Kurs steuern die Regierungen bis 2100 eine Erhitzung von vorerst 3° C bis 4° C an. Spätestens dann werden viele unumkehrbare Kippeffekte wirksam. Sich danach noch eine menschliche Zivilisation vorzustellen, fällt schwer. ■

Quellen

www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM_de_barrierefrei.pdf, aufger. am 08.02.20
www.climate.gov/news-features/understanding-climate/climate-change-atmospheric-carbon-dioxide, aufger. am 22.02.20
www.globalcarbonatlas.org/en/outreach, aufger. am 22.02.20
<https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/klimakonsens-97-prozent/>, aufger. am 22.02.20

Kontakt in Zug:

Dominik, xrzug@protonmail.com

Modal Split umkehren

Martin Stuber, Vizepräsident Pro Bahn Zentralschweiz | Andy Hürlimann, Kantonsrat ALG Steinhausen

10

In der Zuger Baudirektion wird derzeit das Mobilitätskonzept 2040 erarbeitet. Die beiden Autoren waren als Experten zu einem Input-Gespräch mit Baudirektor Florian Weber und dem Leiter des Amtes für Raumentwicklung, René Hutter, geladen. Der nachstehende Artikel fasst diesen Input zusammen. Und vergleicht unsere Anliegen mit den jüngsten Positionenbezügen der GRÜNEN Schweiz.

Der Zeitraum des Mobilitätskonzeptes (MK) bis 2040 deckt die für eine Erreichung der Klimaziele entscheidenden 20 Jahre ab. Dementsprechend setzen diese den Rahmen. Ohne Grossumbau unseres Mobilitätssystems können die Klimaziele nicht erreicht werden. Der Verkehr ist bisher das Stiefkind, obwohl er über 40 Prozent zum CO₂-Ausstoss der Schweiz beiträgt. Nur mit Anreizen wird dieser Umbau nicht klappen, es ist eine grosse gesellschaftliche Anstrengung nötig, um das zu schaffen.

Eine Schlüsselkennzahl ist: 16 Prozent der Personenverkehrsleistung werden auf der Schiene abgewickelt, 71 Prozent auf der Strasse! Beim Güterverkehr ist das Verhältnis in Tonnenkilometer 63 Prozent zu 37 Prozent zugunsten der Schiene (Statistik BfS 2019). Bei gutem Auslastungsgrad ist die Eisenbahn mit Abstand das klimafreundlichste Verkehrssystem für Mittel- und Langdistanzen. Transportketten gewinnen an Bedeutung und müssen für Kundinnen und Kunden möglichst einfach zu handhaben und leicht verständlich sein.

Erwartungen an das Mobilitätskonzept 2040

Der Zeitrahmen passt gut – wegen der Klimaziele, aber auch weil mit der Fertigstellung des Zimmerberg-Basistunnel II und des Durchgangsbahnhofs Luzern samt den damit verbundenen weiteren Ausbauten der nötige Kapazitätssprung auf der Schiene bis dahin geschaffen sein wird.

Das MK 2040 muss den Zuger Beitrag zur Erfüllung der Klimaziele

aufzeigen und den Weg zum Umbau des Mobilitätssystems. Agieren, nicht reagieren muss auch im Kanton Zug die Devise sein! Wo der gesetzliche Spielraum dafür noch nicht besteht, muss er geschaffen werden. Und das MK 2040 muss eng mit der Raumplanung verzahnt sein, denn Raumplanung ist auch Verkehrsplanung. Die räumliche Strukturierung generiert schlussendlich die Verkehrsströme. Verschiedene Entwicklungsräume im Kanton Zug müssen auf eine effiziente und nachhaltige Mobilität ausgelegt werden. Bei ausgeschiedenen Verdichtungsgebieten im Kanton Zug gibt es hier noch einiges an Luft nach oben.

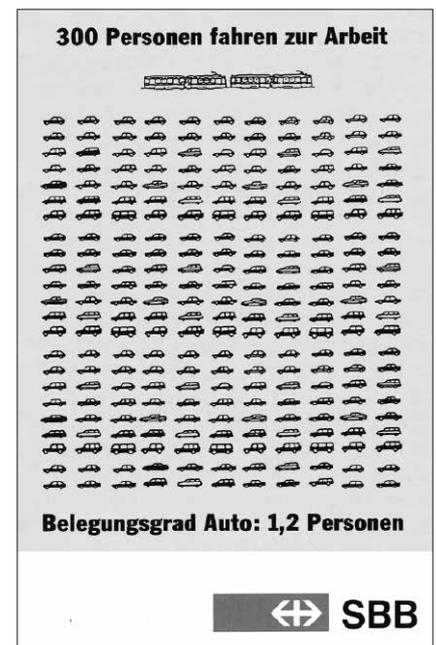
Die Umsteigepunkte und die (Langsamverkehrs-)Wege zu ÖV-Dienstleistungen müssen raumplanerisch intelligent und auf genügend grosse Personenströme ausgelegt sein. Dabei ist auch ein Fokus auf die Barrierefreiheit zu legen. Es ist hinlänglich bekannt, dass beispielsweise die richtige Kantenhöhe und genügend Platz auch einem schnellen Fahrgastwechsel dienen und nicht nur Muss-Anforderungen aufgrund der Behinderten gleichstellung sind.

Zentrale Massnahmen für Mobilität 2040 ...

Der heutige Modal Split im Personenverkehr (gemessen als Verkehrsleistung in Personenkilometer) muss von 16 Prozent Schiene zu 71 Prozent Strasse mindestens auf 47 zu 20 Prozent verändert werden. Die restlichen 33 Prozent müssen durch den Langsamverkehr und mit dem um Mobility on demand erweiterten ÖV geleistet werden. Mobility on

demand umfasst alle Transportangebote vor allem für die kleinräumigen Mobilitätsbedürfnisse, welche via App bestellbar sind, also auch alle Sharing-Angebote.

47 zu 20 zu 25 zu 8 könnte die neue Zauberformel lauten! In Personenkilometer gemessen heisst das: 47 Prozent auf der Schiene, 20 Prozent motorisierter Individualverkehr, 25 Prozent ÖV auf der Strasse inkl. Mobility on demand und 8 Prozent Langsamverkehr. Zug hat gute Voraussetzungen für eine solche Umkehrung der heutigen Verhält-



Von den SBB schon vor 30 Jahren auf den Punkt gebracht – das Auto taugt nicht als Massenmotorisierungsfahrzeug in Städten und Agglomerationen. Und die Belegungsrate hat sich nicht verbessert!

nisse: der Ausbausritt 2035 (AS 2035) mit dem massiven Ausbau des Rückgrates ZH-ZG-LU (und Durchgangsbahnhof Luzern im nächsten Ausbausritt) schafft die Voraussetzungen für den Pendlerverkehr und den Freizeitverkehr. Diese Chance muss gepackt werden! D.h. die Ab-

stimmung auf Feinverteiler und weitere, möglichst klimaneutrale Mobilitätsangebote muss in die Planung bis 2035 bei Kanton und Gemeinden einfließen.

... und die heutige Realität

Ob Zug diese Chance packt, muss sich aber erst noch zeigen. Aktuelle Diskussionen um die Richtplananpassung im Kanton Zug machen hier wenig Hoffnung. Der Bericht und Antrag des Regierungsrates wie auch der vorberatenden Kommission für Raum und Verkehr zeigen, wo die Hauptentwicklungspunkte in Sachen Verkehr nach wie vor liegen.

So figurieren im Richtplan unter V2 Nationalstrassen nach wie vor zusätzliche Autobahnanschlüsse (Halbanschluss in Steinhausen Süd und Rotkreuz Süd) sowie unter V3 Kantonsstrassen die Option für eine Verlängerung der General-Guisan-Strasse. Auch wenn eine mögliche Anbindung mittlerweile erst als Option in einigen Jahren wieder angeschaut werden soll und eine Verlängerung unterirdisch geschehen soll. Es ist klar, dass die räumlichen Eingriffe bei einem neuen Autobahnanschluss hoch sein werden, hoch insbesondere bei einer neuen Strasse durch die Lorzenebene, welche auch bei einer Tunnellösung mit mächtigen Rampenbauwerken in der Landschaft stehe würde. Vom generierten Mehrverkehr ganz zu schweigen. In einem intensiven Prozess wurde eine Grundlagenstudie für die Anbindung von Zug/Baar an die Autobahn erarbeitet. Es zeigt sich, dass Varianten mit Stärkung der bereits bestehenden Nordstrasse oder Chamerstrasse bei den geringsten Kosten trotzdem den meisten Nutzen aufweisen. Insgesamt schneiden die Varianten, welche einen neuen Autobahnanschluss verlangen, klar am schlechtesten ab.

Dennoch will der Regierungsrat wie auch die vorberatende Kommission neben einem Vollausbau der beste-



In den 50er-Jahren wurde die Überlandbahn im Kanton Zug eingestellt – sie war dem Autoverkehr im Weg und es wurde verpasst, rechtzeitig eine eigene Trasse zu bauen. Das Bild zeigt eine Komposition auf der Baarerstrasse. Der Verkehr im Kanton sähe etwas anders aus, wenn ...

henden Strassen auch weiterhin an einer Strasse durch die Lorzenebene sowie weiteren Autobahnanschlüssen festhalten. Alles fürs Auto. Wenig für andere Mobilitätsformen. Viele Projekte im öffentlichen Verkehr werden auf der Prioritätenliste nach hinten geschoben (Baubeginn erst nach 2035). Dabei wären heute diverse Massnahmen zur Verbesserung von Reiseketten oder für eine höhere Verlässlichkeit der Reisezeiten (u.a. Buspriorisierungen, ÖV-Eigentrassen etc.) dringend. Wir sind gespannt, ob hier das Mobilitätskonzept in eine andere Richtung steuert.

Grosse Herausforderungen

Wir sehen für die Erreichung des propagierten Ziels im Modal Split drei grosse Herausforderungen:

1. Die Kapazitätserhöhung und teilweise Neugestaltung der Bahnhöfe Zug, Baar, Cham und Rotkreuz, welche zu grossen Hubs werden müssen, um das zu erwartende (und angestrebte) Mengengerüst auf der Schiene zu bewältigen (Faktor 3 bei der Anzahl beförderter Personen).
2. Eine massive Reduktion der mit durchschnittlich 1,2 Personen besetzten und immer schwereren privaten PKWs in den Städten und Agglomerationen – Ersatz

durch einen massiv ausgebauten und möglichst mit alternativen CO₂-armen Antrieben ausgestatteten ÖV in der Fein- und Mittelverteilung (Mobility on demand, eine App für die Organisation und Bezahlung der individuellen Transportketten) und Priorität für den Langsamverkehr. Das erlaubt eine Umgestaltung der Verkehrsräume in Städten und Agglomerationen. Die zentralen Kennzahlen für diesen Umbau im Nahverkehr sind:

- Flächenverbrauch der Mobilitätsträger
- Fahrzeuggewicht
- CO₂-Emission pro beförderte Person.

3. Zug wächst weiter – das MK 2040 muss aufzeigen, mit welchen raumplanerischen Massnahmen der Umbau der Mobilität gefördert und ermöglicht und wie das gesetzlich verankert und mehrheitsfähig gemacht werden kann. Beispielsweise ist die Prüfung von neuen Umsteigemöglichkeiten anzugehen und ggf. raumplanerisch zu sichern. Wie können Stadtbahnhaltestellen besser mit dem Feinverteiler und dem Langsamverkehr verknüpft werden? Auch sind Flächen für immer stärker nachgefragte Transportdienstleistungen (z.B.

im Paket-Service-Bereich mit Pick-Post-Bereichen) für alle Anbieter zu koordinieren und kundenfreundlich auszugestalten resp. raumplanerisch entsprechend zu sichern.

Viel Klärungsbedarf

Wir sehen einige gewichtige Fragen und Probleme, die in diesem Zusammenhang zu klären oder zu berücksichtigen sind. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit nennen wir einige:

• Reicht der AS 2035?

Wie verändert sich die Nutzung der Stadtbahn (die heute schon oft am Limit ist)? Welche Personenströme werden zukünftig Regional-Express-Gefässe anstelle der Stadtbahn nutzen? Kann mit weiteren Umsteigepunkten eine noch schnellere Transportkette via Stadtbahn erreicht werden? Können beispielsweise die Haltestellen Steinhausen u. Steinhausen Rigiblick mit der erwarteten Verdichtung im Bereich Alpenblick, äussere Lorzenallmend oder im Bereich Sennweid/Sumpf mit Stadtbahngefässen zusätzlich erschlossen werden? Konkret: Braucht es ein viertes Gleis Zug-Baar, ein drittes und evtl. sogar ein viertes Gleis Zug-Cham. Sprich: braucht es eine Ergänzung des AS 2035, falls sich zeigt, dass die S1 ausgebaut werden muss für den Binnenverkehr? (Im AS 2035 ist nach aktuellem Planungsstand nur ein drittes Gleis zwischen Baar und Zug geplant!)

• Wie den ÖV umbauen?

Wie soll der ÖV elektrifiziert werden? Ist ein Trolleybus-System bei den grossen Fahrzeugen eine nachhaltige Alternative? Sind Elektrobusse wirklich eine gute Lösung? Stichwort: Vermeidung von noch schwereren Transportmitteln aufgrund der mas-



«Z'mitzt i de Strooss!»
Heute steht im Talacher ein grosser Kreisel, für die Autos.

siven Batteriepacks. Wie Mobility on demand als neuen zentralen Bestandteil des ÖV einführen?

• Gestaltung der Hubs und der Zugänglichkeit

Nur die Kombination von mehr Langsamverkehr, Mobility on demand und in Rotkreuz und Cham auch P&R ermöglicht zusammen mit entsprechend umgestalteten Hubs die Bewältigung des Personenzugangs und der Personenzirkulation (die SBB sprechen in diesem Zusammenhang von «Personenhydraulik»). In diesem Zusammenhang können sich auch ketzerische Fragen stellen – z.B. die Lage des Zuger Bahnhofes. Dies sollte nochmals überdacht werden. Diese wurde bereits einmal untersucht, jedoch wurde die damalige Prämisse mit nur einem dritten Gleis zwischen Zug und Baar zu eng gesetzt. Bei Baar, Cham und Rotkreuz stellt sich die Frage der Lage nicht.

• Weg mit den «Panzern»

Für die Minderheit der Autofahrenden, die an den grossen und schweren Fahrzeugen festhalten, sind evtl. harte Massnahmen wie z.B. eine Beschränkung in den Stadtzentren bei den privaten Fahrzeugen auf beispielsweise 7m² und 1200 kg notwendig.

• Blind spot «Arbeitsverkehr»

Der kleine Güterverkehr auf der Strasse hat einen wachsenden Anteil – immer mehr Lieferwagen, immer mehr Gewerbeverkehr! Wie kann dieser wirtschaftsverträglich reduziert resp. besser koordiniert und auf alternative CO₂-arme Antriebe umgestellt werden?

Die wichtigsten Massnahmen

Zusammenfassend sehen wir folgende Massnahmen im Vordergrund:

- Aufnahme und grobe Ausarbeitung eines Szenarios 47 zu 20 zu 25 zu 8
- Sensibilisierung, Aufklärung, öffentliche Diskussion über die Dimensionen der Problematik und mögliche Lösungswege.
- Mitorganisieren des Umbaus der Mobilität, zusammen mit vielen Partnern.
- Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Zug 2035 vorbereiten und den Feinverteiler bis 2035 optimieren und ausbauen (Mobility on demand).
- Stadtbahnhaltestellen zum Umsteigen fit machen. Neue Anknüpfungspunkte und Umsteigemöglichkeiten nutzen.
- Aber auch Sofortmassnahmen:

z.B. Optimierung Tarifverbund, Massnahmen für bessere Kundeninformation und Verständnis für Transportketten fordern und fördern (u.a. bei konzessionierten Anbietern!)

- Einfachheit des ÖV-Systems erhalten und ausbauen. Ohne Reservation für ÖV-Gefässe (Spontanität zulassen!). Preis nicht einseitig nur beim ÖV erhöhen (wie in den letzten Jahren faktisch geschehen).
- Hype um selbstfahrende Fahrzeuge dorthin stellen, wo er hingehört (an den Rand). Ressourcen andernorts einsetzen.

Und die grüne Partei?

Nach dem grünen Wahlsieg interessiert natürlich speziell, wie die Positionen der grünen Partei zu einem der drei grossen Klimazerstörer sind. Denken die Grünen big? Ein Studium der öffentlich online gestellten Dokumente weckt Zweifel. Das einzige Positionspapier zum Thema Verkehr stammt aus dem Jahr 1998, aktualisiert 2002. Dort drin stehen viele Dinge, die immer noch Gültigkeit haben und richtig sind, aber der Grösse der Herausforderung ist das achtseitige Papier nicht gewachsen. Zum MIV findet sich z.B. die Forderung: «Der motorisierte Individualverkehr muss auf ein ökologisch verträgliches Niveau reduziert werden.» Aber was das konkret heisst, wird nicht ausgedeutet.

Durchzogenes Bild

Ein Blick in die diversen seither beschlossenen Resolutionen zeigt ein durchzogenes Bild. Viele richtige Allgemeinplätze, eher wenig konkrete, durchschlagende Forderungen. Mit Erfolg haben sich die Grünen 2008 in einer Resolution gegen die Kürzung der Mittel für Bahn 2000 gewehrt. Zusammen mit dem VCS wurde dann die Initiative lanciert, welche schliesslich die Schaffung eines Bahninfrastrukturfonds und

den graduellen Ausbau des Bahnnetzes mit Ausbausritten zur Folge hatte. Und jetzt zeigt sich, dass dies angesichts der Mengengerüste nicht reicht, wie oben erläutert.

In der am 25. Januar 2020 verabschiedeten Resolution «Für einen sozialen Klimaschutz» wird zwar sehr richtig festgestellt, dass «grosse Hebel im Gebäude- und Verkehrsbereich liegen». Worin besteht der Hebel im Verkehr? Propagiert werden die Umstellung vom 8-Liter- auf 4-Liter-Autos und Fahrzeuge mit alternativem Antrieb. Gefordert wird nicht die massive Reduktion des PKW-Bestandes und eine radikale Umkehrung des Modal Splits, sondern «zentral ist, dass der Bund die Kantone und Gemeinden beim Aufbau neuer Elektro-Ladeinfrastrukturen unterstützt». Und weiter unten: «Rasch absinkende CO₂-Grenzwerte für den Personen- und Güterverkehr sollen dazu führen, dass bis 2030 alle neuen Fahrzeuge fossilfrei und effizienter sind.» Wie im letzten Bulletin in der Buchbesprechung von Winfried Wolfs Standardwerk «Mit dem Elektroauto in die Sackgasse » erläutert, rettet die Umstellung des heutigen Fahrzeugparkes auf E-Mobilität das Klima nicht. Dass diese Fahrzeuge mit fossilfreiem Strom hergestellt und betrieben werden müssten, verlangt die Resolution wohlweislich nicht ...

Woher kommt die Schienenkapazität?

In der gleichen Resolution wird gefordert, dass «für eine soziale Klimawende auch die ÖV-Preise gezielt vergünstigt werden müssen.» Der konkrete Vorstoss dazu – ein 1000-Franken-GA für Junge – vom grünen Präsidenten der nationalrätlichen Verkehrskommission (KVF-N) Michael Töngi wird in diesem Jahr behandelt werden. Schön und gut und unterstützenswert, aber: Woher kommt die zusätzliche Kapazität auf der Schiene, wenn so ein GA einschlägt, womit fast fest zu rechnen ist?

Die Schweiz schwimmt im Geld und die Nationalbank könnte ihr Geld gescheiter anlegen als in US-Aktien, nämlich in einem Infrastrukturfonds. Damit könnte die Schiene so ausgebaut werden, dass die nötigen Mengengerüste zur Verfügung gestellt werden können.

In der Dezemberausgabe des Pro-Bahn-Magazins «Info Forum» (www.pro-bahn.ch) erläutert Martin Stuber, was dazu nötig wäre. Unter anderem ist eine «Grossoffensive für die Ausbildung von Arbeitskräften und Fachleuten – für die Konzipierung, Projektierung und Realisierung der nötigen Bahninfrastruktur» zwingend nötig, um überhaupt die Kapazität für den nötigen Bahnausbau zu haben. Schon der aktuelle Ausbausritt leidet unter mangelnden Kapazitäten.

Andere sind schon weiter: In einer kürzlich veröffentlichten Studie von PwC wird ein grosser Umbau des Mobilitätssystemes verlangt, der unter der Führung des Staates angegangen werden müsse. Vier Gruppen von Beteiligten müssten sich zusammenraufen: die öffentliche Hand (Bund, Kantone, Gemeinden), die öffentlichen Verkehrsmittel, neue Anbieter im Verkehrssystem (Mobility etc.) und die Betreiber der Infrastrukturen.

Eine Botschaft des «grünen» Wahlsonntags im letzten Oktober war: «Jetzt müssen die Grünen liefern!» Wenn nicht in der Regierung, so doch sicherlich inhaltlich. Es bleibt viel zu tun! ■

Quellen

Broschüre SBB, S-Bahn Zürich, 1990,
SBB Historic Signature 12.716
Archiv Denkmalpflege
pwc.ch/future-of-mobility

Klima und Zuger Politik

Stéphanie Vuichard und Anastas Odermatt, Kantonsrat Alternative – die Grünen, Zug

14

An der Kantonsratssitzung vom Januar 2020 wurde der Vorstoss von Andreas Lustenberger, Tabea Zimmermann Gibson, Anastas Odermatt und Stéphanie Vuichard behandelt. Die Forderung war, dass zukünftig alle Geschäfte des Kantons- und Regierungsrates auch auf ihre ökologischen Folgen hin überprüft werden sollen.

Leider waren wir (wie erwartet – was noch tragischer ist) mit der Antwort nicht zufrieden und kamen zu einem anderen Schluss als die Regierung. Liest man den Bericht des Regierungsrates (Vorlage 2950), scheint alles im Lot zu sein, es ist kein Handlungsbedarf ersichtlich. Leider sieht die Realität anders aus. Klimaerwärmung und Biodiversitätsverlust sind die grossen Herausforderungen, die unsere Gesellschaft betreffen und die wir in den nächsten Jahrzehnten prioritär angehen müssen: Wie schaffen wir es, den CO₂-Ausstoss wirklich richtig zu senken? Wie schaffen wir es, den Biodiversitätsverlust zu stoppen?

Ökologische Folgen politischer Geschäfte mitdenken

Hierfür wird es immer wichtiger, dass wir verstehen, welche Auswirkungen unsere politischen Entscheide auf die Ökologie und auf das Klima haben. Das Ziel der Motion war nicht, mit harten Massnahmen die Emissionen zu senken oder Naturförderung zu betreiben. Nein, das Ziel der Motion war, die Geschäfte auch auf ihre ökologischen Folgen hin zu durchleuchten. Viele Geschäfte haben finanzielle Auswirkungen, weshalb diese bereits vor der Beratung aufgezeigt und auch durch die Staatswirtschaftskommission geprüft werden. Eine Blackbox bleiben hingegen die ökologischen Folgen eines Geschäfts. Wie also sollen Regierung und Kantonsrat die richtigen Entscheide treffen, wenn wir die Auswirkungen auf Umwelt und Klima nicht kennen? Wie wollen wir, wie es der Bund vorgibt, bis 2050 die Klimaneutralität erreichen,

wenn wir nicht bereit sind, unsere Aktivitäten systematisch zu durchleuchten und dann verantwortungsvoll darüber zu entscheiden?

Der Regierungsrat versteckte sich hinter bestehenden Instrumenten, die aber leider nicht zur Lösung beitragen: Die Umweltverträglichkeitsprüfung – ein wichtiges Instrument, aber hier nicht anwendbar – und der Cercle Indicateurs. Schwer enttäuscht mussten wir feststellen, dass für wichtige Umweltziele im Kanton Zug keine Daten vorhanden sind, rund die Hälfte der Umweltfaktoren können gar nicht bewertet und verglichen werden. Der Cercle Indicateurs ist deshalb für den Umweltbereich im Kanton Zug nicht aussagekräftig. Die Regierung hätte mit der «Wirkungsanalyse Strategie» (WAS) ein Instrument in der Schublade gehabt – aber wenn etwas nicht gewollt ist, ist es nicht gewollt.

Der Kantonsrat schoss den Vorstoss an seiner Sitzung vom Januar 2020 ab – dies mit grosser Wortklauberei und der Angst vor zu hohen Kosten. Wir bleiben dran und hoffen, dass unsere anderen Vorstösse mit mehr Erfolg gesegnet sein werden.

Übersicht über die Postulate und Motionen im Bereich Klimapolitik im Zuger Kantonsrat:

Postulat betreffend Klimanotstand in Zug (Stéphanie Vuichard, Isabel Liniger, Anna Spescha)

Der Kanton Zug ruft den symbolischen Klimanotstand aus und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen als Aufgabe höchster Priorität. Die Regierung muss bis Mai 2020 einen Antrag

erstellen, der Kantonsrat entscheidet dann, ob die Forderung umgesetzt wird. **Noch offen.**

Motion betreffend ökologische Folgen von Kantons- und Regierungsratsgeschäften (Andreas Lustenberger, Tabea Zimmermann Gibson, Anastas Odermatt, Stéphanie Vuichard)
Alle Geschäfte des Kantons- und Regierungsrates sollen zukünftig neben ihren finanziellen jeweils auch auf ihre ökologischen Auswirkungen überprüft und diese Auswirkungen in den jeweiligen Berichten und Anträgen dargelegt werden. **Wird nicht umgesetzt.**

Postulat betreffend Biodiversitätsförderung (Stéphanie Vuichard, Mariann Hess, Rita Hofer)

Der Regierungsrat soll ein Massnahmenprogramm für die Biodiversitätsförderung ausarbeiten und umsetzen. Die Motion wurde im September 2019 vom Kantonsrat an die Regierung für Bericht und Antrag bis September 2020 überwiesen. **Noch offen.**

Postulat betreffend eines klimaneutralen, kantonalen Gebäudeparks des Kantons Zug (Ivo Egger, Stéphanie Vuichard, Hanni Schriber-Neiger, Andreas Lustenberger)

Kantonale Bauten sollen CO₂-neutral realisiert und bewirtschaftet werden. Die Regierung muss bis September 2020 einen Antrag erstellen, der Kantonsrat entscheidet dann, ob die Forderung umgesetzt wird oder nicht. **Noch offen.**

Motion betreffend Förderprogramm zur Senkung des Energieverbrauchs bei der Gebäudetechnik (Fraktion Alternative – die Grünen)

Der Regierungsrat soll das kantonale Gebäudesanierungsprogramm mit einem Programm für die Förderung von Massnahmen im Bereich erneuerbare Energien, Abwärmenutzung und Optimierung der Gebäudetechnik ergänzen. Der Vorstoss wurde im

November 2018 teilerheblich erklärt. Die Regierung muss bis Sommer 2021 weitere Massnahmen aufnehmen. **Soll teilweise umgesetzt werden.**

Motion betreffend Realisierung des Sonnenenergiepotentials bei kantonalen Bauten und Anlagen (SP-Fraktion)

Die Regierung soll Potenziale bei kantonalen Bauten aufzeigen und realisieren. Der Vorstoss wurde im September 2018 teilerheblich erklärt. **Soll umgesetzt werden.**

Energiegesetz und MuKen

Die Energievorschriften des Kantons Zug basieren auf den MuKen 2008 (Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich). Für die Umsetzung der MuKen 2014 ist die Anpassung des Energiegesetzes und der Verordnung erforderlich. Die Arbeiten zur Revision des Energiegesetzes sind im Gang, es soll 2022 in Kraft treten, vorbehaltlich der erforderlichen politischen Beschlüsse von Regierungs- und Kantonsrat. **Soll teilweise umgesetzt werden.**

Motion betreffend Zusatzverkehr auf Bahn und Bus – Massnahmen zur Verbesserung des Zuger Modal Splits (Fraktion Alternative – die Grünen)

Im kantonalen Richtplan soll neu definiert werden, dass der öffentliche Verkehr mindestens die Hälfte des Verkehrszuwachses zu übernehmen hat, der nicht auf den Fuss- oder Veloverkehr entfällt. Zudem ist die zukünftige Entwicklung der Siedlungsstruktur schwerpunktmässig auf den öffentlichen Verkehr auszurichten. Die Motion wurde im Juni 2018 teilerheblich erklärt. Für konkrete Schritte zur Umsetzung wurden wir jedoch auf das Mobilitätskonzept vertröstet. **Soll teilweise umgesetzt werden.**

Postulat betreffend klimaneutralen öffentlichen Verkehr im Kanton Zug (CVP-Fraktion).



Unser Kanton braucht neue Mobilitätskonzepte und der Langsamverkehr Unterstützung.

Die Regierung soll sich dafür einsetzen, dass als Zielvorstellung in 20 Jahren der gesamte Betrieb im öffentlichen Verkehr klimaneutral abläuft. Das Postulat wurde im Mai 2019 überwiesen. Die Regierung muss bis Mai 2020 einen Antrag vorlegen, der Kantonsrat entscheidet dann, ob die Forderung umgesetzt wird oder nicht. Aus Sicht der ALG muss SOWOHL der öffentliche Verkehr ALS AUCH der MIV klimaneutral werden. Zudem darf es aufgrund der damit anfallenden Kosten nicht zu Fahrplanausdünnungen kommen – sonst wäre das ein «Schuss nach hinten». **Noch offen.**

Motion betreffend nachhaltige kantonale Fahrzeugsteuern (FDP-Fraktion)

Die kantonalen Fahrzeugsteuern sollen «nachhaltig» ausgestaltet werden – Fahrzeuge mit alternativen Antrieben seien zu fördern, das Verursacherprinzip soll die Richtschnur sein. Der Kantonsrat hat die Motion im Januar 2020 überwiesen – die Regierung muss bis Januar 2021 einen Bericht erstellen. Die ALG setzt

sich insbesondere dafür ein, dass eine Verlagerung vom MIV zum ÖV und Langsamverkehr stattfindet. Alternative Antriebe sind zu unterstützen. **Noch offen.**

Mobilitätskonzept 2040

Gemäss Richtplan plant der Kanton den Verkehr proaktiv mit einem neuen Mobilitätskonzept. Es stimmt Infrastrukturprojekte, Siedlungspolitik und Wachstum aufeinander ab und untersucht u.a. Auswirkungen und Chancen von neuen Verkehrsformen, lenkende und steuernde Massnahmen oder Leistungssteigerungen bestehender Infrastrukturen. Die Alternativen – die Grünen werden sich im politischen Prozess für das Mobilitätskonzept aktiv für eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Mobilität einsetzen. **Noch offen. ■**

Mehr Details

Motionstexte sind zu finden auf:
<https://kr-geschaefte.zug.ch/gast/geschaefte>

Endlos

Natalie Chioldi

16

Im BULLETIN 2/2019 wurde zuletzt über den Alltag der geflüchteten Menschen in Griechenland berichtet. Schon in früheren BULLETINS wurde die Situation in Griechenland thematisiert (4/2017, 1/2015 und 2/2016). Die Präsidentin des kleinen Hilfswerks network ANTHROPIA berichtet regelmässig aus Griechenland. Dieser Artikel basiert auf ihren Erfahrungen.

Niemals werde sie die Augen der jungen Mutter aus Afghanistan vergessen, berichtet Renata, eine tiefe Trauer und Unvermögen, das Geschehene zu verstehen, sprach aus ihnen. Einige Tage vor dem Besuch im Camp Nea Kavala ist das Baby der Afghanin nach der Geburt gestorben. Die Ambulanz ist nicht gekommen, zu abgelegenen liegt der stillgelegte Flughafen, wo sich einfache Zelte an einrige Container reihen. Über 1000 Flüchtende leben

und Augentropfen, Heilsalben und Paracetamol für Kinder und Erwachsene und geben dazu entsprechende Erklärungen ab. Nach einem Rundgang im Lager verabschiedet sich Renata und verspricht, sehr bald weitere medizinische Hilfe zu organisieren. Die hygienischen Verhältnisse in Nea Kavala sind grässlich. Die Not der Menschen ist sehr gross. Hilfe vor Ort gibt es wenig. Die meisten NGOs sind auch von hier abgezogen und

Camp Nea Kavala organisiert. Kika, die griechische Mitarbeiterin von network ANTHROPIA, reist kurz darauf nach Thessaloniki und begleitet diese Person. Vorher organisiert sie im grossen Warenlager in Eliniko in Athen kofferweise Brillengestelle für das bedürftige Lager. In Nea Kavala werden Listen für einen Brillenservice erstellt, denn viele Flüchtende haben ihre Brillen auf der Flucht verloren und sind dadurch schwer eingeschränkt. Der lokale Optiker unterstützt Flüchtende schon seit vielen Jahren (Bulletin 2/2016). Jede Woche versorgt er 3–5 Menschen aus dem Lager mit Brillen. Er macht Sehtests, passt die Brillen an und verlangt dafür nur gerade ein Minimum. Zusätzliche Medikamente werden beim



in diesem Camp, ca. 20 Kilometer von der mazedonischen Grenze entfernt. Behrooz, ein afghanischer Freund und Übersetzer, arbeitet für Terre des Hommes und ist zeitweise im Camp Nea Kavala im Einsatz. Er führt Renata im Lager herum und zeigt die einfachen Zelte, wo viele afghanische Familien mit kleinen Kindern untergebracht sind. Alle Kinder, denen man im Camp begegnet, sind krank! Alle! Schwer entzündete Augen, eiternde Ohren, Krätze, grippale Infekte mit starkem Husten und Schnupfen, Verbrennungen und Infektionen sind nur einige der sichtbaren Erkrankungen der Kinder. Es braucht sofort Hilfe, in der nächstgelegenen Kleinstadt werden Notfallmedikamente eingekauft. Danach verteilen die beiden Ohren-

die Menschen werden mit ihrer sehr ungewissen Zukunft alleine gelassen. In dieser Not bräuchte es dringend persönliche Begleitung, menschliche Nähe und praktische Soforthilfe. Leider erfahren sie nur grosse Hoffungslosigkeit!

Medizinische Hilfe

Renata kontaktierte später einen afghanischen Kollegen, welcher in seiner Freizeit mit der Organisation «Medical Volunteers» unterwegs ist. Diese Organisation arbeitet mit einer mobilen Praxis, welche in den Quartieren unterwegs ist und medizinische Grundversorgung für alle Menschen leistet. Gemeinsam mit dieser Organisation wird der Besuch einer medizinischen Fachperson für das

lokalen Apotheker bestellt, auch er ist ein Freund. Danach werden die Medikamente fachgerecht an die bedürftigen Familien verteilt. Die Freude der Menschen ist gross. Sie erfahren, dass sie nicht vergessen sind und dass Versprechungen eingehalten werden. Seither stehen wir mit den Verbindungsleuten in Nea Kavala fast täglich in Kontakt und organisieren Hilfe dort, wo sie gerade am meisten gebraucht wird.

Bei einem nächsten Besuch im Lager Nea Kavala wird Renata durch Behrooz und seine Frau Bahar unterstützt, die schon sehr gut Englisch spricht. Network ANTHROPIA unterstützt Bahar mit privaten Englischstunden, damit sie bald die Prüfungen für einen höheren Englisch-Level be-

stehen kann und bei Übersetzungen im Lager noch besser helfen kann. Wir besuchen viele Menschen und versuchen, ihnen zuzuhören. Behrooz übersetzt bei den Männern und Bahar bei den Frauen. Bahar findet schnell den Zugang zu den Frauen und kann ihr Vertrauen gewinnen! Wir hören zu, notieren Namen, Container-Nummern und die multiplen Leiden. Ich bin wieder extrem erstaunt. Mit so wenig könnte hier geholfen werden! Wo bleiben die Hilfswerke?

Lebensbedingungen

Das Wasser in Nea Kavala ist sehr knapp, Duschen hat es nur gerade zwei und nur wenige Toiletten für Hunderte von Menschen. Essensversorgung gibt es praktisch keine. Ein

gemacht hätte, wurde aufgegeben. Die pure Verzweiflung der Menschen ist spürbar! Die Hoffnungslosigkeit ist allgegenwärtig! Viele fliehen aus dem Lager ohne Perspektiven und ohne eine Chance auf Obdach.

Es bietet sich die Gelegenheit, auch mit Flüchtenden aus Afrika zu sprechen. Da die wenigsten Mitarbeitenden der verbleibenden zwei Organisationen Terre des Hommes und Danish Refugee Council französisch sprechen, kommen diese Menschen immer zu kurz! Ihre Hoffnung auf ein Bleiberecht in Europa ist bekanntlich klein, sie befinden sich in einer furchtbaren Lage. Es gibt viele behinderte Kinder und die schwarzen Menschen werden nicht wahrgenommen. Da Renata französisch

Augentropfen, Wundsalben, Antiallergika, Medikamente gegen Pilze, Eisentabletten, Vitamintabletten (v.a. Vitamin D) usw.

Sicherheit

Beim Einnachten werden Renata und ihre BegleiterInnen durch Geschrei, Lärm und tätliche Auseinandersetzungen aufgeschreckt. Es ist niemand da, der das verhindern oder stoppen könnte! In diesem unbewachten Lager sind die Menschen sich selbst überlassen und genießen keinerlei Schutz. Die Frauen besuchen die Toiletten nicht. Sie benutzen auch keine der beiden Duschen, aus Angst vor Übergriffen! Die Ausschreitungen werden heftiger, es wird Zeit, das Lager zu verlassen, bevor es auch für



einzigster Lagerarzt kommt ab und zu für einige Stunden. Er schreibt Diagnosen auf Zettel und stellt Rezepte aus. Ein Leerlauf! Die Leute haben weder Geld noch die Möglichkeit, in die Stadt zu gehen, zu weit ist der Weg. Behrooz erklärt, dass alle Geflüchteten, die ein wenig Geld hatten, das Lager verlassen hätten. Nea Kavala ist kahl, schmutzig, öde, weit entfernt von jeglichem Leben, das Lager befindet sich auf einem ausrangierten Flugplatz. Es hat keine nutzbaren Einrichtungen. Praktisch alle NGOs haben das Lager verlassen. Weder für Frauen noch Kinder existieren irgendwelche Angebote. Niemand will in diesem Camp arbeiten, auch der Fahrradverleih, welcher den Anschluss an die nahe Stadt möglich

spricht, kann sie sich mit ihnen unterhalten, ihnen zuhören und etwas Hoffnung auf medizinische Hilfe schenken. Wieder wird eine Liste mit den am dringendsten benötigten Medikamenten dem Apotheker gesendet. Behrooz wird sie anhand der Liste in den nächsten Tagen verteilen. Es geht hier um Schmerzmittel,

die MitarbeiterInnen des Hilfswerks zu gefährlich wird. Sie fahren los. Im Auto ist es still. Alle sind erschüttert und können es kaum glauben, dass hier in Europa Menschen einfach vergessen oder ignoriert werden, dass Menschen in Lagern leben müssen, in denen die Zustände menschenunwürdig sind. ■

Unterstützung für network ANTHROPIA

Network ANTHROPIA setzt sich für Menschen auf der Flucht ein, sowohl im Bereich der Notfallhilfe, als auch im Bereich der nachhaltigen Begleitung zur Integration in Griechenland. Das Engagement ist ehrenamtlich, die Spenden werden vollumfänglich für die Menschen in Not verwendet. Unbürokratisch, direkt und gemeinsam. Mit ihrer Unterstützung und Spende machen sie das möglich!

network ANTHROPIA, 8708 Männedorf, Postfinance Konto 61-974295-5 / IBAN CH64 0900 0000 6197 4295 5 / <https://www.networkanthropia.org/>

«Zuger Nachrichten» und Auschwitz

Josef Lang

18

Das konservative Parteiorgan schrieb 1944, «die Juden verbrennen in einem Feuer, das sie selber teilweise entfachen halfen». Diese entsetzliche Aussage hatte System.

Am 14. Juli 1944, dem 155. Jahrestag der Französischen Revolution, waren auf der Frontseite der «Zuger Nachrichten» folgende Sätze zu lesen: «So brennen in Auschwitz die Opfer des liberalistisch aufgeklärten Zeitalters, das nationalsozialistisch ausgewachsen ist. Die Schlächter von Auschwitz sind schlechte Kerle, aber die Schlechtigkeit wurzelt weiter zurück. Tragische Opfer sind diese Ju-

den auch deswegen, weil sie in einem Feuer verbrennen, das sie selber teilweise entfachen halfen.»

In dieser ungeheuerlichen Unterstellung stecken zwei Behauptungen: Der Nationalsozialismus sei eine Folge der «gottlosen» Aufklärung und damit eines «unchristlichen» Liberalismus. Und: Die Juden seien die Hauptpromotoren und -profiteure der Aufklärung, der Französischen Revo-

lution und des Liberalismus gewesen. Bevor ich auf die absurde und verlogene These, die Nazis seien eine Folge der Aufklärung, zu sprechen komme, wende ich mich der unterstellten Mitschuld der Juden zu. Der Chefredaktor der «Zuger Nachrichten» Heinrich Bütler («B.-») widmet dieser Frage zwei Drittel seines Artikels.

Bütler, Etter und die «jüdische Zersetzung»

Unter dem Zwischentitel «Die Geschlachteten» führt der ausgebildete Theologe und Familienvater aus: «Das liberalistische Prinzip des autonomen Menschen, der sich selber das Gesetz gibt und sich von keiner übernatürlichen Ordnung dreinreden lässt, dieses Prinzip fand gerade bei den Juden die stärksten Verteidiger. Das Judentum, einst von Gott als Volk seiner Sendung auserlesen, verwarf diese Sendung, aber es blieb das Bewusstsein, ein eigenes Volk zu sein, das bei allen Völkern nur Gast war, als es zerstreut wurde. Da es sein eigenes Wesen nicht aufgeben konnte, wollte es die Andersartigkeit der Völker vernichten, die ihm Gastrecht boten. Das liberalistische Prinzip der französischen Revolution kam ihm da entgegen. Indem es den Menschen von ewigen Ordnungen entband, zerbrach es die abendländische christliche Kultureinheit. Indem gerade der Jude hier aus diesem Prinzip heraus mithalf, alle bisher geltenden Anschauungen von Religion, von Tradition, von übernatürlicher Moral ins Fragliche, Problematische zu ziehen, konnte er den ihm fremden Boden der ihn beherbergenden Völker auflockern.» Hier «fühlte er sich nicht mehr fremd».

Diese «Analyse» ist ein Klassiker der kirchlich-konservativen Gegenaufklärung seit dem späten 18. Jahrhundert. Sie galt für die rechtskatholischen Gegner der Judenemanzipation im 19. Jahrhundert wie für die antimodernen Antisemiten des 20. Jahrhunderts. So schrieb Philipp Etter, ZN-Redaktor



Wochenrückchau

1944: Der Bergesungsofen!
Wenn wieder einmal ein liberalistischer Geschichtsprofessor über das „finstere Mittelalter“ die Nase rümpfen sollte, so soll man ihn fragen, ob seine launige Spinnweben nichts merke vom Bergesungsofen dieses Krieges mit dem mordenden Wespstich und den wahllos niederfallenden Flammenbomben, nichts merke vom Gesernd der Ofen von Auschwitz, wo die Juden in ganzen Kolonnen getötet und nachher kremiert werden. Das Mittelalter wird dann bestimmt noch gut abzeichnen gegenüber dieser „Kultur“ von 1944, die selbstig und endlich doch der Zwitter ist aus aufgeklärtem Liberalismus und ihm blutsverwandten

stigen Lebens. Religion meinetwegen für bitteren Stunden gefagt, fonde
Die Geschlachteten
sind die tragischen Opfer einer Zeit, die außer Protest und einigen faden Humanitätsgründen keine höheren Argumente gegen diese Unmenschlichkeiten anführen kann. Tragische Opfer sind diese Juden auch deswegen, weil sie in einem Feuer verbrennen, das sie selber teilweise entfachen halfen. Nicht als Anklage sei das in diesen

«Zuger Nachrichten», 14. Juli 1944



Eine üble Geschichtsklitterung.

St. Bei der letzten bei „Stillsitz“ gegen den Liberalismus, den sich die „Zuger Nachrichten“ in ihrer Ausgabe vom 14. Juli wieder einmal geleistet haben, wurde von unwillkürlich ein das Schlüsselwort erntet, „die fern

ist laut genug verhandelt, daß mit dem Anbruch der 3. Reiches das „liberalistische Zeitalter“ endgültig der Vergangenheit angehört und daß am Stelle der „Humanitätsgründen“ des Liberalismus nun die auf „Stil und Boden

«Zuger Volksblatt», 19. Juli 1944

von 1912 bis 1934, zwei Monate nach Hitlers Machtergreifung: «Das Judentum hat zu viel zersetzende Kräfte ins deutsche Volkstum hineingetragen.» (ZN, 31.3.1933).

Gut elf Jahre später bringt sein Nachfolger Bütler namentliche Beispiele jüdischer «Zersetzung». «In Literatur, Psychologie, Film, Wirtschaft, überall wurde dieser Zerbröckelungsprozess gerade am meisten von den Juden gefördert. Ein Siegmund Freud dozierte der Welt in seiner «Psychoanalyse», dass Religion nur unbewusst sublimierte Sexualität sei; ein Magnus Hirschfeld verkündete, es sei Unsinn mit der vorehelichen Enthaltung.» Weiter folgen Heine, Marx, andere Juden, aber auch der protestantische Thomas Mann, der offenbar das hat, was ein Katholisch-Konservativer in einem Juden sieht.

Die «jüdische Mitschuld»

Unter dem Zwischentitel «So setzt die Schuld ein» fährt Bütler weiter: «Die Juden haben alle Bindungen der Sitte, der Überzeugung und der Familie, der Tradition und des Volkstums gelockert und zertreten. Und sie konnten das umso erfolgreicher, als ihre Rasse überdurchschnittlich intelligent ist, als sie das Geld in den Händen hatten, als sie damit Film- und Theaterkönige wurden. Sie verbrennen heute dafür in den Öfen ihrer Neider.»

Verlogen am Versuch, den Liberalismus für die Shoa verantwortlich zu machen, ist nicht nur die Tatsache, dass die Nazis die Zuspitzung einer Gegenauflärung sind, die von keiner Kraft derart vehement und kohärent vertreten wurde wie vom Papsttum. Vor allem stand der Rechtskatholizismus nicht nur Mussolini, Franco und Salazar sehr nahe, sondern fand anfänglich auch an Hitler wenig aussetzen. So nahm Etter im Januar 1933, im Monat von Hitlers Machtübernahme, gegenüber den Zuger Verzinkistreichenden eine viel härtere Haltung ein als gegenüber den Nazi-Horden.

Zudem starteten die Jungkonservativen 1934 mit den Schweizer Frönlern eine Volksinitiative für die Rückgängigmachung der fortschrittlich-säkularen Verfassung von 1874. Philipp Etter sprach sich sogar nach seiner Wahl in den Bundesrat 1934 für eine Totalrevision aus – zwei Monate vor der Abstimmung. Trotzdem kam sie im Kanton Zug im September 1935 nur auf 35 Prozent, schweizweit bloss auf 28 Prozent. Die verhängnisvolle Boot-ist-voll-Politik von 1942, die Tausenden von jüdischen Menschen das Leben kostete, wurde von keiner Partei derart aktiv unterstützt wie von den Katholisch-Konservativen. Es war Etter, der am 4. August 1942 als Bundespräsident in Abwesenheit des Gesamtbundesrates die Grenzschliessung verfügt hat, und zwar nicht nur formell. Und es war der KK-Fraktionschef, der Luzerner Heinrich Walther, der in der Nationalratsdebatte vom September 1942 die härteste Rede gegen die Flüchtlinge hielt. Er warnte vor einer «Überflutung mit zweifelhaften Elementen» und beschwor den «sacro egoismo» der «Staatsraison».

1944: «Lösung der Judenfrage»

Die «Zuger Nachrichten» machte sich am 14. Juli 1944 in vollem Wissen um die nazistische «Endlösung» Gedanken über die zukünftige «Lösung der Judenfrage». Dabei schlug das konservative Parteiorgan etwas Konkretes und etwas Allgemeines vor. «Der Weg liegt zu einem Teil in einer humanen, aber ob des Fremdcharakters und des Herrschaftswillens dieser Rasse begründeten Zurückbindung des Einflusses auf das bevölkerungsprozentual ihnen zukommende Mass.» Das bedeutete unter anderem Berufsverbot für jüdische Anwälte und Ärzte. Der andere Teil liegt in der Rekonfessionalisierung des «kulturellen und staatlichen Lebens». Weil die «Entgottung» das gesellschaftliche und politische Grundübel ist, liegt die Hauptschuld für Auschwitz

«nicht bei den Juden», nicht einmal «nur bei den Nazis», sondern beim «liberalen Prinzip».

Das liberale Volksblatt reagierte heftig auf diese Schuldzuweisung. Nach einer ersten dummlichen Kurzreaktion folgte am 19. Juli eine intelligente Antwort von Manfred Stadlin. Zuerst wies der langjährige Redaktor (1935–65) und spätere FDP-Nationalrat (1947–67) darauf hin, dass der Katholisch-Konservative gegen den Liberalismus eine nazistische Begrifflichkeit verwendet: «liberalistisch». Dann wirft er ihm zu Recht vor, dass er versuche, «die Nationalsozialisten von der furchtbaren Schuld zu entlasten». Und schliesslich betont er, dass «in den Marteröfen von Auschwitz nicht das «liberalistische Zeitalter» leuchtet», sondern eher «die Scheiterhaufen gegen Ketzer».

Das Problem beim Freisinn ist, dass er selber die verheerende Asylpolitik mitgetragen hat. Und dass er in den 1990er-Jahren bei der Verteidigung des antisemitischen Boot-ist-voll-Politikers Philipp Etter mitgemacht hat. Keine Partei hat ihre Vergangenheit derart vergessen und verraten wie die freisinnige. Die Konservativen verdrängen ihre Geschichte nicht, sie verfälschen sie. ■

Podiumsgespräch

Podiumsgespräch über Philipp Etter, Mittwoch, 1. April 2020, 19.30 Uhr, Bibliothek Zug. (siehe Veranstaltungen)

Heinrich Bütler

Heinrich Bütler (1907–1976) war ZN-Redaktor (1934–61), Präsident des Taubstummenvereins (1937–71), Schulinspektor (1938–75), Erziehungsrat (1940–74), Oberrichter (1941–61), Kopf des Katholischen Pressevereins (1948–73), während 28 Jahren Mitglied des KK- und CVP-Vorstandes.

Nachhaltiger Landbau

Selina Niederberger, Verein Permakulturlandwirtschaft

20

Es begann alles mit dem «Filme für die Erde Festival 2015» und dem Film «Inhabit – a permaculture perspective». Als Eventmanagerin des Festivals in Zug hatte ich die Möglichkeit, mir diesen Film inmitten des Publikums anzusehen. Ich war gefesselt von den positiven Lichtblicken, welche dieser Film im Umgang mit der Natur und den Menschen darin zeigte. Kennen Sie das Gefühl, immer wieder zu nicken und dem eben Gesehenen zuzustimmen? Der Film und die Reaktionen aus dem Publikum gaben mir den Ansporn, mich intensiver mit dem Thema Permakultur auseinanderzusetzen.

Zuerst aber zurück zum Ursprung der Bezeichnung Permakultur, welche aus «Permanente Agrikultur» zusammengesetzt wird. Bill Mollison und David Holmgren gelten als die Begründer dieses ganzheitlichen Systems. Sie hatten die Vision von lebensfördernden Kreisläufen, sozialen Gemeinschaften und einer Reorganisation des Ökosystems. Als Lehrmeisterin diente die Natur. Denn in ihr hat alles seinen Platz und ist grundsätzlich vollkommen und richtig. Aus dieser Einsicht, oder besser gesagt bewussten Wahrnehmung, entstanden dann die drei Permakulturleitsätze:

1. Für die Erde sorgen:

Vorsorgen, dass alle lebenden Systeme weiter bestehen und sich vielfältigen können

2. Für die Menschen sorgen:

Vorsorgen, dass die Menschen Zugang zu all den Ressourcen haben, die sie für ihr Leben benötigen

3. Dem Verbrauch Grenzen setzen:

Eigenen Bedürfnissen Grenzen setzen und somit Ressourcen schonen, um die beiden vorangehenden Grundsätze zu fördern

Zwölf ethische Leitgedanken ergänzen die Leitsätze. Ein Beispiel ist die Kreislaufwirtschaft: «Möglichst kleine Kreisläufe von Material und Energie vor Ort schliessen.» Weiter geht es auch um die räumliche Anordnung: «Jedes Element kommt an den Platz, an dem die meisten nützlichen Beziehungen zu anderen Elementen wirksam werden.»

Pionierprojekt «Permakultur Vision Birchhof»

Durch das neu gewonnene Öko- und Nachhaltigkeitsnetzwerk von «Filme für die Erde» erfuhr ich schnell vom Pionierprojekt «Permakultur Vision Birchhof», welches damals auf dem Demeterhof Birchhof in Oberwil-Lieli (AG) entstehen sollte. Der Initiant und Permakulturist Matthias Brück lud im Sommer 2015 zu einer Projektpräsentation ein. Die Idee: Permakultur über die Selbstversorgung in Privat- und Kleingärten hinaus in der Landwirtschaft so zu etablieren, dass ein Bauer davon leben und damit

wirtschaften kann, und Konsumentinnen und Konsumenten das ganzheitliche lebensmittel- und sozialfreundliche System näherzubringen. Mit diesen Grundprinzipien und einer Menge engagierter und mit dem Herzen denkender Menschen wurde der Verein Permakulturlandwirtschaft gegründet. Nun galt es, dieses Projekt «Permakultur Vision Birchhof» zu stemmen. Arbeitsgruppen begannen sich mit Forschungsinstitutionen wie dem FiBL – Forschungsinstitut für biologischen Landbau – zu vernetzen, die Vereinslernfläche auf dem Birchhof zu bewirtschaften und regelmässig Besprechungen abzuhalten. Ich genoss die abwechslungsreichen Tätigkeiten im Verein. Eine wunderbare, natürliche, inspirierende und warmherzige Zusammenarbeit verschiedener Menschen. Angetrieben vom Gedanken, die Welt zu einem etwas nachhaltigeren und sozialeren Ort zu machen, in dem Menschen wieder lernen, mit und in der Natur zu leben anstatt gegen und ohne sie.



Permanente Kultur: Nebeneinander gedeihen Blumen, Kräuter und Gemüse.



Ansehnliches Ergebnis nach harter Schaufelarbeit und viel Schweiß:
In Böschenrot steht das erste Hügelbeet bereit.



Die Kürbisse sind bald reif, um geerntet und verteilt zu werden!

Rausgehen und eigene Erfahrungen sammeln

Schnell merkte ich, dass ich mehr wissen wollte. Der Permakulturdesign-Kurs – kurz PDC – auf der Schweibenalp vermittelte mir die nötigen Grundlagen. Ein grosser Gewinn daraus waren die vielen engagierten Menschen, welche ich kennenlernen durfte. Und so kam es, dass ich mein eigenes Projekt ins Leben rief. Zusammen mit Freunden planten wir, ein zauberhaftes Plätzchen direkt am Zugersee im Sinne der Permakultur zu nutzen und zu schmücken. Bereits im November 2015 wurden in Böschenrot die ersten Hügelbeete geschaufelt. Das angehäuften Wissen, welches in die Planung eingeflossen war, sollte nun in die Praxis umgesetzt werden. Dabei wurde mir mehr und mehr bewusst, dass Planung und Praxis zwei

verschiedene Paar Schuhe sind. So musste ich lernen, Kompromisse zwischen Theorie und Praxis zu machen. Meine Mutter sagte einmal «Wer die Hände in die Erde steckt und sich mit dem Boden verbindet, lebt länger.»

Gemeinsam nachhaltig handeln

Während die ersten Pflanzen wuchsen und die Vorbereitungen für verschiedene Pflanzflächen ausgeführt waren, merkten wir, dass alles ein bisschen langsamer voranging als geplant. Und so kam es zur zweiten Erkenntnis: Der Lauf der Natur passt sich nicht dem Wunsch des Menschen an. Statt der Quantität setzten wir unser Augenmerk nun auf die Qualität unserer Arbeit. Mit den ersten Früchten kam auch ein schönes, zufriedenes Gefühl auf, welches für weitere Arbeiten motiviert. Aus dem familiären Umkreis

erhielten wir Lob und Hilfe. Mein Onkel Ruedi zum Beispiel, passionierter Schmied, fertigte professionelles Werkzeug für alle möglichen Arbeiten. Weitere Verwandte und Bekannte halfen geduldig, Setzlinge aufzuziehen, und Grossmama brachte beinahe verlorenes, aber unvorstellbar wertvolles Wissen mit ein. Es erfüllte sich bereits ein Grundprinzip der Permakultur: Gemeinsam mit verschiedenen Menschen nachhaltig handeln.

Tun wir es jetzt!

Mein Bericht liest sich sehr harmonisch und lieblich, verziert mit ein paar schönen Kursen und Fachbüchern. Aber dahinter steckt viel Leidenschaft in der Planung, Kommunikation mit vielen Menschen und vor allem harte Handarbeit und Schweiß. Ich habe mit vielen Leuten gesprochen, welche Träume und Ideen haben, etwas Nachhaltiges zu machen. Was ich dabei oft vermisst habe, war ein Ziel. Es muss nicht ein grosses Ziel sein, aber es gilt für mich: Der Unterschied zwischen einer Idee und einem Ziel ist die Tat. Die oberste Richtlinie der Permakultur: «Die einzige ethische Entscheidung besteht darin, Verantwortung für unser eigenes Leben sowie das unserer Kinder zu übernehmen. Tun wir es jetzt.» – Zitat Bill Mollison. ■

Vertiefungshinweise

Für Leute, die mehr wissen wollen:

Den Film «Inhabit» gibt es auf

www.FilmeFuerDieErde.org.

Das Lehrbuch von Bill Mollison für

angehende Permakulturisten heisst

«Handbuch der Permakulturgestaltung»

Der engagierte und noch sehr junge

Verein Permakultur-Landwirtschaft ist

auf Hilfe aller Art angewiesen und freut

sich über Unterstützung.

www.permakultur-landwirtschaft.org

Erste Session

Manuela Weichelt-Picard

22

Vereidigung, Bundespräsidentinnen- und Nationalratsvizepräsidentinnenwahl, Nacht der langen Messer, Transparenz im Nationalrat, Landverschleiss, Kampfjets, Zivildienst und Pflegeinitiative, um nur einige Themen meiner ersten Session anzusprechen.

Nach der Vereidigung standen die Wahlgeschäfte auf der Traktandenliste. Die Alterspräsidentin des Tages und heutige Grüne Ständerätin/BL Maya Graf übergab das Zepter an die frisch gewählte Isabelle Moret/VD, und als zweite Vizepräsidentin des Nationalrates wählten wir die Grüne Irène Kälin/AG.

Mehr Transparenz

Beim ersten politischen Entscheid der Wintersession sprach sich der Nationalrat für mehr Transparenz im Bundeshaus aus. Neu wird ein Lobbyregister verlangt. Die Lobbyist*innen von Public-Affairs-Agenturen sollen

sich nun im Detail mit der Vorlage. Bezüglich Transparenz bleibt viel zu tun, so erachte ich zum Beispiel die Besetzung von Kommissionssitzen durch Lobbyist*innen als problematisch. Die SGK-N beantragt in der Frühlingsession die Frist zur eidgenössischen Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» (Transparenz-Initiative) um ein Jahr, bis zum 10. April 2021, zu verlängern.

Landverschleiss trotz grünerem Nationalrat

Die erste Enttäuschung mit dem neuen Parlament folgte schon am zweiten

Anliegen auch im neuen Parlament keine Chance. Hoffnung gibt die Landschaftsinitiative, die Ende April 2020 eingereicht werden soll und beim Volk eine Chance haben könnte.

Bundesrat ohne Grüne

Bei den Bundesratswahlen hat das Parlament die Zeichen der Klimawahl ignoriert und den Grünen den Einsitz im Bundesrat verwehrt. Obwohl wir als viertstärkste Partei und mit den neuen Kräfteverhältnissen im Parlament zweifellos Anspruch auf einen Bundesratsplatz haben. Auch die Kandidatin der Grünen, Parteipräsidentin Regula Rytz, ist über die Parteigrenzen hinaus akzeptiert und das Amt wird ihr auch zugetraut. «Aufbruchstimmung liegt in der Luft», waren die Worte von Simonetta Sommaruga in ihrer Rede zur Wahl als Bundespräsidentin. «Im neuen Parlament gibt es so viele Frauen, so viele Mütter und so viele junge Menschen wie noch nie.» Das stimmt, aber die Frauen machen noch nicht die Hälfte im Parlament und schon gar nicht im Ständerat aus. Und ob die Aufbruchstimmung wirklich in der Luft liegt oder ob es noch die Wahlen 2023 braucht, werden wir sehen.

Nächster Anlauf für Kampfjets

2014 waren dem Schweizer Stimmvolk 3,1 Milliarden Franken zu viel und es sagte NEIN zur Beschaffung von 22 Gripen-Kampfflugzeugen. Jetzt versuchen es Bundesrat und Parlament erneut und beschliessen für Kampfflugzeuge 6 Milliarden auszugeben. Der Kauf ist sicherheitspolitisch unsinnig, setzt friedenspolitisch ein verheerendes Zeichen, zeugt von einer verfehlten Finanzpolitik und missachtet die Volksentscheidung. Das Referendum läuft. Ich war zusammen mit Mitgliedern der Alternative – die Grünen verschiedene Male am Unterschriften sammeln. Ein einfaches Thema, welches sich gut sammeln lässt. Es erstaunt deshalb auch nicht, dass innert weni-



Die neue Fraktion der Grünen ist so jung und weiblich wie noch nie.

künftig angeben müssen, in wessen Auftrag sie im Bundeshaus unterwegs sind. Die gleiche Vorlage wurde vom alten Rat noch deutlich abgelehnt. Von Transparenz sind wir zwar noch weit entfernt, aber es ist immerhin ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Die staatspolitische Kommission beschäftigt

Tag. Das Raumplanungsgesetz sollte das Bauen ausserhalb der Bauzone regeln, aber es wurde ein Nichteintreten beschlossen. Damit verlieren wir Jahre. Das Bundesamt für Raumentwicklung schlägt Alarm, es brauche rasch griffige Massnahmen gegen den Landverschleiss. Doch ohne Support von anderen Parteien haben grüne

ger Wochen die nötige Anzahl Unterschriften für eine Volksabstimmung zusammen waren.

Frontalangriff auf Zivildienst

Der Zivildienst ist eine Erfolgsgeschichte. Viele Zivildienstleistende übernehmen wertvolle Aufgaben für unsere Gesellschaft. Das sahen nicht alle so. Der Armeebestand sei gefährdet. Doch die Verschärfung der Bedingungen des Zivildienstes macht den Militärdienst nicht attraktiver. Aus der Zeit als Regierungsrätin weiss ich, dass wir auch im Kanton Zug in den Bereichen Asyl, Archäologie und in vielen anderen auf die Dienste der Zivildienstleistenden angewiesen sind. Alle Verschärfungen wurden vom Nationalrat – knapp zwar – aber gutgeheissen bis auf eine Ausnahme. Bei dieser Differenz zum Ständerat wurde taktisch abgestimmt. Die Vorlage muss deshalb nochmals in den Ständerat und kann nicht gleichzeitig mit den Kampffjets dem Volk vorgelegt werden.

Pflege wird gestärkt

Bis 2030 fehlen uns rund 65 000 Pflegende. 46 Prozent Berufsaustritte verzeichnet der Berufsstand. Das sind durchschnittlich 2400 Austritte pro Jahr. Abgesehen davon, dass die Schweiz nicht einmal die Hälfte des Bedarfs ausbildet und wir bereits am Anfang des Pflegenotstandes sind, zeigt diese Statistik einen ökonomischen Blödsinn auf. Pro Jahr kosten diese 2400 Austritte den Staat in etwa 96 bis 144 Millionen Franken. Gelder, die der Staat für die Ausbildung – und ich habe hier lediglich die Beiträge an die Schulen gerechnet – investiert hat, die nicht als Return on Investment bezeichnet werden können. Leider lehnte der Nationalrat die Initiative «Für eine starke Pflege» ab. Er befürwortet einen Gegenvorschlag, der Verbesserungen im Bereich der Ausbildung bringt und den Beruf etwas aufwertet, indem gewisse Leistungen direkt mit den Krankenkassen



Eine Zuger Delegation begleitete Manuela Weichelt-Picard am Tag ihrer Vereidigung.

abgerechnet werden können. Die Versicherer wollten mitbestimmen, wer abrechnen darf und wer nicht. Diese Macht wollte der Nationalrat den Krankenkassen nicht geben. Nun ist der Ständerat am Zug.

Kommissionsarbeit

Die Kommissionssitzverteilung ist in keiner Fraktion einfach. Ich darf die Grünen in der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) vertreten. Da werden uns in dieser Legislatur die AHV, die Pensionskasse, die Krankenversicherung, die Massnahmen zur Kostendämmung und vieles mehr beschäftigen. Weiter bin ich auch Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und in diesem Zusammenhang in der Subkommission EFD/WBF, Präsidentin der Subkommission Gerichte/Bundesanwaltschaft und der Arbeitsgruppe Hochseeschiffahrt. Vielleicht fragt sich die eine oder andere was die Schweiz mit der Hochseeschiffahrt zu tun hat. Anlass für die Bürgschaften des Bundes für Hochsee-

schiffe war, im Zweiten Weltkrieg mit Schiffen unter Schweizer Flagge die Versorgung zu gewährleisten. Es laufen Administrativuntersuchungen, weil der finanzielle Schaden für den Bund enorm ist.

Ausblick auf die aktuelle Session

Die Liste der Traktanden für die Frühlingssession ist lang. Hier nur einen kleinen Einblick, mit was sich der Nationalrat im März beschäftigt:

- CO₂- Gesetz
- Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose
- Konzernverantwortungsinitiative
- Stopp der Hochpreisinsel – für faire Preise.
- Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag, für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten
- Ehe für alle
- Insektensterben

Flanieren in Zug

Goran Vejnovic, Geschäftsführer der VCS-Sektion Zug

24

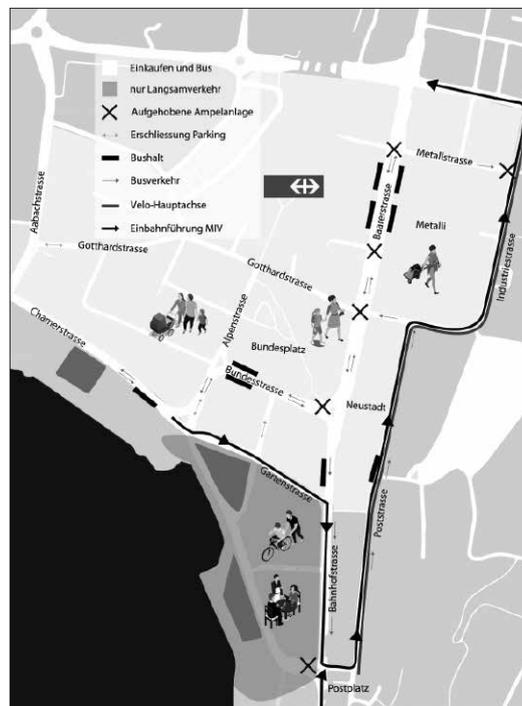
Drei Jahre nach dem ersten Konzept des verkehrsfreien Stadtzentrums von Zug, genannt «Durchfahrt Zug», ist die Idee weiterentwickelt worden. Ins Konzept haben wir jetzt auch den Busverkehr integriert und den Zugang zu den öffentlichen Parkhäusern besser gelöst. Um die neue Phase zu betonen, haben wir dem Projekt einen neuen Namen gegeben: Promenade Zug.

Wir sind überzeugt, dass eine Beruhigung des Verkehrs dem Stadtkern eine deutlich angenehmere Atmosphäre bringen würde, mit einem Mehrwert für Anwohner und lokale Geschäfte.

Aber alte Gewohnheiten und alte Meinungen sind nicht einfach zu ändern. Das ist auch so im Fall der Vorstellung, dass weniger Parkplätze weniger Umsatz für lokale Geschäfte bedeuten. Es gibt immer mehr Studien, die zeigen, dass das überhaupt nicht der Fall ist. Zum Beispiel, an der Bloor Street in Toronto wurden zwei von vier Autospuren durch Velobahnen ersetzt. Dadurch gingen 136 Aussenparkplätze verloren. Eine wissenschaftliche Analyse zeigte, dass der Umsatz der anliegenden Läden konstant blieb oder sogar zunahm. Eine andere Studie in Madrid zeigte ein ähnliches Resultat. Für Weihnachten 2018 sperrete die Madrider Stadtregierung das Zentrum für den Autoverkehr. Das Resultat: deutlich mehr Umsatz für die anliegenden Geschäfte und, als Bonus, weniger Emissionen (CO₂: -14%, Stickoxid: -38%).

Einbahnsystem im Zentrum von Zug

Ein verkehrsfreies Stadtzentrum ist, unserer Meinung nach, auch in Zug möglich. Zu teuer für Zug? Nein: Der grosse Vorteil des Konzepts Promenade Zug ist das Verwenden der bestehenden Infrastruktur – mit ent-



Promenade Zug – mehr Leben im Zentrum unserer Stadt.

sprechend relativ geringen Kosten. Die Innenstadt von Zug hat zwei leistungsfähige, parallele Verkehrsachsen: die Industrie-/Poststrasse und die Bahnhof-/Baarerstrasse (siehe Abbildung). Eine partielle Umwandlung dieser Achsen in Einwegstrassen würde es ermöglichen, den MIV-Verkehr effizienter durch die Stadt zu führen, sogar nur mit einer Spur. Nach dem Konzept von Promenade Zug wäre die zweite Spur für den öffentlichen und Veloverkehr reserviert.

MIV-freies Stadtzentrum

Das Einbahnsystem würde es ermöglichen, einen Teil der Bahnhof-/Baarerstrasse vom MIV-Verkehr zu befreien,

ohne den Zugang zu den öffentlichen Parkhäusern zu verhindern.

Ein anderer Vorteil dieses Systems ist das Wegfallen von mehreren Ampelanlagen, der Verkehr wäre flüssiger und würde weniger Lärm verursachen. Ergänzt wäre das Einbahnsystem mit flankierenden Massnahmen, zum Beispiel mit Pfortneranlagen an den Zufahrten, um den optimalen Verkehrsfluss zu gewährleisten.

Dadurch würde eine MIV-freie Einkaufszone entstehen (der hellere Bereich auf der Illustration), die alle vier grossen Einkaufszentren im Zentrum (Metalli, Neustadt, Coop City, Manor) verbinden würde. Wie das Beispiel von Madrid zeigt: Wenn eine Stadt den Konsum ankurbeln will, soll sie für weniger Verkehr sorgen ...

Die Busse würden weiterhin auf den Hauptstrassen der Einkaufszone fahren, es bräuhete nur eine leicht geänderte Linienführung. Ein konkreter Vorschlag wurde bereits der ZVB präsentiert.

Verkehrsfreie Vorstadt

Nicht zuletzt: Promenade Zug würde die Trennung der Zuger Vorstadt von der Altstadt und dem See aufheben. Mit der aktuellen Verkehrsführung ist sogar der beliebte Spielplatz am Rigiplatz durch eine sehr befahrene Strasse vom See getrennt. Wir denken, dass es möglich wäre, diesen Abschnitt der Kantonsstrasse 25 nicht nur vom MIV, sondern auch vom Busverkehr zu befreien. Die Rössliwiese, die Seepromenade und die Vorstadt würden dann eine Einheit bilden. Es ist nicht schwierig, sich vorzustellen welche Vorteile es bringen würde ... Die Restaurants und Bars der Vorstadt könnten ihre Terrassen vergrössern und ein erweitertes Angebot den viel zahlreicheren Passanten anbieten. ■

Für mehr Informationen:

Goran Vejnovic, info@vcs-zg.ch

Nationale Vorlagen

Andreas Lustenberger, Präsident Alternative - die Grünen Kanton Zug

Das Jahr 2020 ist politisch geprägt von vielen nationalen Abstimmungen. Am 17. Mai liegen die nächsten drei Vorlagen auf dem Tisch. Zwei Referenden und eine Initiative der SVP, die mit aller Vehemenz bekämpft werden muss.

Dass die SVP mit ihrem einen Thema trotzdem noch die wählerstärkste Partei in der Schweiz (trotz klarer Abwärtstendenz bei den letzten Wahlen) ist, erstaunt immer wieder aufs Neue. Trotzdem oder gerade deshalb sind ihre Initiativen gefährlich, und es braucht eine breite und engagierte Nein-Front.

risches Europa, ein Miteinander anstatt einer Sündenbockpolitik, für Brücken anstatt Mauern. Deshalb hat der Vorstand der Alternativen – die Grünen bereits im Januar die Nein-Parole beschlossen, damit wir uns schon früh in den überparteilichen Abstimmungskomitees engagieren können.



Familienfreundliche Kinderabzüge ja, aber richtig! Bild: needpix.com, unsere Stadt.

Die vorliegende Kündigungsinitiative könnte zum Abbruch der bilateralen Beziehungen zur EU führen, was verheerende Folgen hätte. Mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit würden auch die flankierenden Massnahmen (FlaM) wegfallen, was zu massivem Lohndumping führen könnte. Bereits die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hat zu verschiedenen Benachteiligungen für alle in der Schweiz lebenden Menschen geführt. Zum Beispiel im Bereich der Hochschulmobilität oder auch im Bereich der Forschung. Wir stehen für ein offenes und solida-

Ein neues Jagdgesetz

Aufgrund einer Motion aus dem Jahre 2015 wurde das nationale Jagdgesetz revidiert. Leider wurde dieses in verschiedenen Punkten verschlechtert. So zum Beispiel beim Schutz bedrohter Arten, wo eine Kompetenzverschiebung vom Parlament an Bundesrat und Kantone und somit eine Hürdensenkung vorgesehen ist. Der Vorstand der Grünen Schweiz hat sich im November 2019 dem Referendum der Umweltverbände angeschlossen und auch die Fraktion empfiehlt ein Nein zur Vorlage. Wir wollen die Chance nutzen und

organisieren an der Monatsbar vom 1. April im Siehbachsaal eine Diskussionsrunde mit André Guntern (Präsident Pro Natura Zug) und Alfred Meier (Präsident Zuger Jagdpatenverein).

Die Jagd nach tiefen Steuern unterbinden

Das Schweizer Parlament hat im 2019 beschlossen, die Kinderabzüge bei der direkten Bundessteuer auf 10 000 Franken zu erhöhen. Die SP Schweiz hat gegen diese Erhöhung das Referendum ergriffen, welches von den Grünen unterstützt wurde. Die Fraktion der Grünen Schweiz empfiehlt ein Nein zur Vorlage. Die bürgerlichen Parteien werden sich im Abstimmungskampf als familienfreundlich präsentieren und uns vorwerfen, eine «Neid-Debatte» zu führen. Dabei unterschlagen sie, dass von den erhöhten Kinderabzügen nur wohlhabende Familien ab einem Einkommen von 150 000 Franken profitieren werden. Den grössten Abzug gibt es dann ab einem Einkommen von 300 000 Franken. Dass Kinder teuer sind, aber trotzdem wichtig für unsere Gesellschaft, darüber sind sich alle einig. Dasselbe gilt dafür, dass der Bund Familien unterstützen soll. Die jetzige Vorlage löst aber keine Probleme, sondern sie schafft durch die fehlenden Steuereinnahmen sogar neue. Denn fehlende Steuereinnahmen führen in einem bürgerlich dominierten Land zu Sparpaketen und meistens zu mehr Umverteilung zu Ungunsten des Mittelstandes und der finanziell weniger privilegierten Menschen. Viel grössere Kostentreiber für Familien sind bei den Gesundheits-, Betreuungs- und Mietkosten zu verorten. Dies wären sinnvolle politische Themenfelder, anstatt weitere Steuerabzüge hinter Familienfreundlichkeit zu tarnen. ■

Gegen das E-ID-Gesetz

Daniel Donatsch und Erik Schönenberger, Digitale Gesellschaft

26

Es besteht Bedarf für eine benutzbare und vertrauenswürdige elektronische Identifizierung. Sie ist ein Pfeiler der digitalen Demokratie und wird auch für die Ausübung von Volksrechten zum Einsatz kommen. Wir benötigen dementsprechend eine digitale Erweiterung von ID, Pass und Ausländerausweis und keine E-Commerce-ID. Wie die Herausgabe der bereits bestehenden Ausweisdokumente muss daher auch diese öffentliche Aufgabe vom Staat wahrgenommen werden. Das Recht auf Privatsphäre muss zudem gestärkt und darf nicht ausgehöhlt werden. Das beschlossene Gesetz erfüllt dies nicht. Darum wurde das Referendum dagegen ergriffen.

Wozu eine E-ID?

Die BewohnerInnen der Schweiz sollen eine elektronische Identität bekommen. Speziell E-Government-Lösungen würden davon profitieren, denn bis anhin gibt es keine einfache Möglichkeit für Gemeinden und Kantone, Personen auf ihren Online-Portalen zu authentifizieren. Auch das Abschliessen von Verträgen, bei denen Ausweispflicht besteht, würde eine E-ID ermöglichen. Beispiele dafür sind das Eröffnen eines Bankkontos oder das Abschliessen eines Mobilfunkvertrags. So muss eine staatliche E-ID auch auf entsprechenden privaten Onlineportalen nutzbar sein. Meist sind aber weder Ausweis noch Unterschrift gesetzlich vorgesehen, um eine Dienstleistung nutzen oder Verträge abschliessen zu können. Dies muss auch online so bleiben.

Auch wenn die E-ID gegenwärtig kein international anerkanntes Reisedokument ist, übernimmt sie im Internet dieselbe Funktion, wie es ein amtlicher Ausweis beim Abholen von eingeschriebenen Briefen oder eines Betreibungsregisterauszugs tut. Die E-ID ist das elektronische Äquivalent zur Identitätskarte und muss in erster Linie sicher und vertrauenswürdig sein. Zudem soll jeder Mensch in der Schweiz ein Anrecht darauf haben.

Das E-ID-Gesetz

Die Pläne des Bundes sind aber anders: Die staatliche E-ID soll von Privaten herausgegeben werden. Nicht

das Passbüro wäre für das Antragsverfahren zuständig. Stattdessen soll zwischen verschiedenen kommerziellen Anbietern gewählt werden können. Weiter soll es verschiedene Sicherheitsstufen geben. Wobei nicht alle Anbieter alle Sicherheitsstufen anbieten müssen. Beim Einsatz setzt die mittlere Stufe dann eine Zweifaktor-Authentifizierung voraus. Bei der höchsten Stufe muss diese auf einem biometrischen Merkmal basieren. Typischerweise würde dies ein Fingerabdruck am Smartphone sein. Wer kein passendes Gerät hat oder einsetzen will, droht ausgeschlossen zu werden.

Auch sieht das beschlossene E-ID-Gesetz keine elektronische Unterschrift vor.

Herausgeber der E-ID

Obwohl das Gesetz einen Markt für E-ID-Herausgeber vorsieht, zeichnet sich ein Monopol von SwissSign ab. SwissSign ist ein Joint-Venture, bestehend aus 20 Schweizer Konzernen, die das grosse Geschäft nicht Facebook, Google und anderen Tech-Giganten überlassen wollen und die Macht haben werden, das E-ID-Monopol erfolgreich zu verteidigen. Bereits heute bietet SwissSign ein zentrales Login für diverse Dienste, wie beispielsweise für die Medien-/Tracking-Allianz, an. So verfließen die Grenzen zwischen amtlicher Ausweiskontrolle und simplem Anmeldevorgang.

Die E-ID soll zwar für Personen gratis sein, SwissSign wird von den Platt-

formen pro Login-Vorgang bezahlt. Ein reges Benutzen der E-ID würde also im Interesse von SwissSign sein. Die Identifizierung dürfte so für immer mehr Dienste nötig und das Tracking im Internet immer lückenloser werden. Dies vereinfacht die Verknüpfung mit anderweitig gewonnenen Profilinformatoren zu einem zunehmend schärferen Persönlichkeitsprofil. Dies ist aus Sicht des Datenschutzes problematisch. Weiter entsteht auch eine Art digitales Klumpenrisiko: Verliert man das eine Passwort oder wird gar der Login-Provider gehackt, sind gleich alle verbundenen Dienste betroffen.

Zudem steht beim Login für E-Commerce-Anwendungen die Benutzerfreundlichkeit und nicht die Sicherheit im Zentrum. Diese beiden Anforderungen widersprechen sich. Auch kann ein Grossteil der Logins nicht durch eine Schweizer E-ID abgelöst werden, da es keine internationale Lösung ist. Die EinwohnerInnen der Schweiz werden sich auch in Zukunft weder bei Amazon noch bei anderen internationalen Diensten mit der Schweizer E-ID anmelden können. Für ein sicheres und verteiltes allgemeines Login braucht es kein Schweizer Bundesgesetz – sondern internationale Standards.

Datenschutz?

Zuerst muss das Bundesamt für Polizei eine neue Datenbank schaffen. Dazu soll es die verschiedenen Personenidentifizierungsdaten aus unterschiedlichen Registern zusammenführen. Diese Datenbank wird dann für die Ausstellung und Aktualisierung der E-ID durch die Identitätsprovider verwendet.

Weiter fallen bei jeder Nutzung der E-ID beim Provider Daten an. Dieser weiss entsprechend genau, wann und wo wir uns mit der E-ID ausweisen. Das E-ID-Gesetz verbietet zwar die kommerzielle Verwertung der «Daten, die bei einer Anwendung der E-ID entstehen». Die darauf ba-

sierenden Nutzungsprofile dürfen jedoch für sechs Monate gespeichert werden. Eine datenschutzfreundliche Lösung würde eine Systemarchitektur vorsehen, bei der diese Daten gar nicht erst bei einer zentralen Stelle anfallen.

So werden an mehreren Orten zusätzliche personenbezogene Daten gesammelt, ohne dass diese internationalen Firmen vorenthalten werden können. Um den Datenschutz zu erhöhen, hilft kein neues E-ID-Gesetz. Es braucht vielmehr griffige Datenschutzbestimmungen.

Bevölkerung möchte eine staatliche E-ID

Eine repräsentative Umfrage von Demoscope vom Mai 2019 zeigt, dass 87 Prozent der Bevölkerung die E-ID vom Staat beziehen wollen. Nur gerade 2 Prozent möchten die geplante E-ID von privaten Unternehmen ausgestellt erhalten. Insbesondere beim Datenschutz fehlt der Bevölkerung das Vertrauen in private Unternehmen. 81 Prozent der befragten Personen erachten zudem die rechtsverbindliche elektronische Unterschrift als wichtig.

Die Umfrage zeigt zudem deutlich, dass bei den gewünschten Anwendungen Behördengänge und die politische Teilhabe ganz vorne stehen. Das Ausstellen einer E-ID ist ein zentrales Element von E-Government und auch der digitalen Demokratie. Entsprechend ist es wichtig, dass diese Aufgabe vom Staat wahrgenommen wird. Der Staat darf sich nicht aus der Verantwortung stellen. Im Gegenteil: Er muss für das nötige Vertrauen sorgen.

Alternativen

Im Kanton Schaffhausen ist bereits eine staatliche, Smartphone-basierte E-ID erfolgreich im Einsatz. Andere Kantone wollen nachziehen. Beglaubigte Identifikationsmerkmale und ein qualifiziertes Zertifikat für die Unterschrift könnten aber

auch sicher auf ID, Pass oder Ausländerausweis gespeichert werden. So würden die amtlichen Ausweise zu Smartcards, die auch gleich als zweiter Faktor bei der Authentifizierung verwendet werden könnten. Als Kartenleser könnte ein Smartphone dienen. Die quelloffene AusweisApp2 bietet dies in Deutschland für den Personalausweis an. Eine solche Lösung wäre schon heute mit dem bestehenden Ausweisgesetz möglich.

Referendum

Gegen das beschlossene Gesetz wurde erfolgreich das Referendum ergriffen. Hinter dem E-ID-Referendum steht ein breiter Zusammenschluss von Organisationen und Netzwerken. Das sind unter anderem die Digitale Gesellschaft, die Kampagnenorganisation Campax, die Demokratie-Plattform WeCollect und der Verein PublicBeta. Die Volksabstimmung wird voraussichtlich am 27. September 2020 stattfinden. ■



Die Jungen Grünen und GRÜNEN bei der Übergabe der Unterschriften für das E-ID-Referendum.

Hinweise

Erik Schönenberger ist Informatiker und Geschäftsleiter der Digitalen Gesellschaft. Es setzt sich seit vielen Jahren für Freiheitsrechte in einer vernetzten Welt ein.

Die Digitale Gesellschaft ist ein gemeinnütziger und breit abgestützter Verein für Bürger- und Konsumentenschutz im digitalen Zeitalter. Die NGO setzt sich seit 2011 als zivilgesellschaftliche Organisation für eine nachhaltige, demokratische und freie Öffentlichkeit ein. Sie verteidigt die Grundrechte in einer digital vernetzten Welt.

Nein zum missratenen Jagdgesetz

Stéphanie Vuichard, Kantonsrätin und Vorstandsmitglied Pro Natura Zug

28

Am 17. Mai 2020 wird über das neue Jagd- und Schutzgesetz (JSG) abgestimmt. Dabei ist das am meisten und zu meinem Bedauern auch hochemotional diskutierte Thema der Wolf. Doch bei dieser Revision geht es um viel mehr als nur um den Wolf. Das Gesetz muss zurück an den Absender und so überarbeitet werden, dass es den Namen «Jagd- und SCHUTZgesetz» auch wirklich verdient.

Was mich am neuen Gesetz besonders stört: Man hat die Chance verpatzt, zurzeit noch jagdbare, aber heute im Bestand gefährdete Tierarten zu schützen. Die selten gewordenen Waldschnepfen, Alpenschneehühner, Birkhühner und Feldhasen dürfen immer noch gejagt werden. Die Jagd an sich hat ihre volle Berechtigung aus ökologischen und traditionellen Gründen. Und Jäger leisten u.a. viel Hegearbeit. Tiere in der freien Natur zu erlegen, ist wohl die artgerechteste Variante, zu Fleisch zu kommen. Doch die Jagd muss nachhaltig sein und Tierarten dürfen nicht erlegt werden, wenn ihr Bestand dadurch gefährdet wird. Was beim neuen Gesetz ebenfalls sehr bedenklich ist: Bis anhin konnte nur der Bund bundesrechtlich geschützte Arten zum Abschuss freigeben. Künftig sollen Kantone darüber entscheiden dürfen. Als ob Tiere nicht über die Kantonsgrenzen gehen würden. Nur schon die Präsenz eines Wolfes, der potenziell Schaden anrichten könnte, würde einen Kanton berechtigen, das Tier schießen zu lassen. Wenn Wolfsgegner in einer kantonalen Exekutive übervertreten sind, dann könnte der Wolf schnell in diesem Kanton ausgerottet werden. Auch andere geschützte Arten wie Biber, Luchs oder Graureiher könnten künftig ins Visier kommen.

Grossraubtiere beeinflussen den Lebensraum positiv

Nun aber zum Wolf, der so stark polarisiert. Von den einen als Bestie angesehen, die in der Schweiz

keinen Platz hat, und von anderen fast schon verherrlicht. Als Grossraubtier hat der Wolf eine nicht zu unterschätzende Rolle im Ökosystem. Bereits seine Präsenz sorgt dafür, dass seine Beutetiere sich besser in der Landschaft verteilen. Schon klar, haben die Jäger da wenig Freude, denn das vorsichtiger gewordene Beutetier wird schwieriger aufzufinden. Die Lieblingsspeise des Wolfes sind Reh und Hirsch. Beides Pflanzenfresser, die im Winter gerne Knospen und Rinden von kleinen Bäumchen fressen. Ohne die Präsenz der Grossraubtiere gruppieren sich diese Huftiere gerne und können so lokal grosse Verbissschäden anrichten. Junge Bäume können dann kaum aufkommen, der Wald verjüngt sich kaum mehr und kann wichtige Funktionen wie den Schutz vor Naturgefahren nicht mehr richtig leisten. Deshalb werden Grossraubtiere von Förstern in der Regel gerne gesehen. Der Wald ist gesünder, wenn Wölfe oder Luchse die Pflanzenfresser im Raum verteilen. Aber auch die Beutetiere selbst werden gesünder, wenn ihr Fressfeind anwesend ist. Kranke und schwache Tiere fallen als erstes zum Opfer. So wurde kürzlich festgestellt, dass in von der Schweinepest betroffenen Gebieten Wildschweinpopulationen kaum krank sind, wenn der Wolf sich im selben Gebiet aufhält. Er erlegt vorzu die erkrankten Wildschweine und verhindert so eine Ausbreitung. Durch ihren Einfluss auf die Beutetiere können Wölfe gar ganze Landschaften verändern und ökologisch aufwerten. Wenn Sie

mehr dazu erfahren möchten, empfehle ich, sich auf Youtube «How Wolves Change Rivers» anzusehen.

Wir haben die Koexistenz mit Grossraubtieren verlernt

1995 kam der erste Wolf und 2005 der erste Bär ins Schweizer Territorium zurück. Davor waren sie während über hundert Jahren abwesend. Während dieser Zeit haben wir verlernt, mit diesen Tieren nebeneinander zu leben. Man begann, die Schafe sorglos auf die Alp zu bringen. Unbeaufsichtigt stürzt immer mal wieder ein Schaf ab oder wird krank und stirbt. Im Schnitt wird auf 15 Schafe, die wegen Krankheit oder Sturz sterben (etwa 4000 Schafe jährlich) ein Schaf vom Wolf gerissen (variabel, zwischen 40 und 400 Schafe jährlich). Kürzlich habe ich einen Artikel des Bergwaldprojekts gelesen. Darin wurde ein Bergbauer gefragt, warum ein Wolfsriss viel emotionaler wirkt als der Verlust durch Krankheiten und Abstürze. Er meinte daraufhin, dass es Abstürze und Krankheiten schon immer gab und man daher damit leben kann. Ein Wolfsriss jedoch ist nicht alltäglich, sehr brutal und verhinderbar. Und da sehen wir das Problem: Wir haben verlernt, wie man mit Grossraubtieren koexistiert. Man hat sich daran gewöhnt, dass Krankheiten und Abstürze durch die reduzierte Anwesenheit der Hirten zunahmen. Es braucht Zeit, sich an die neue Situation zu gewöhnen. Doch Lösungen und Unterstützung von Bund und Kanton sind da. Herdenschutzhunde und andere Wächter wie Esel oder Hirten oder das Einzäunen auf kleineren Alpen sind Möglichkeiten, um Wolfsangriffe auf Schafe zu minimieren. Und wenn ein Wolf gemerkt hat, dass Schafe einfach zu holen sind und dieser immer wieder welche reisst, gibt es heute schon die Möglichkeit, den Wolf zu erlegen. Denn dieser würde seinen Nachkommen das für uns problematische Verhalten weitergeben.

Hat der Wolf Platz in unseren Köpfen?

Zurzeit gibt es etwa 60 bis 80 Wölfe und ca. 300 Luchse in der Schweiz. Dabei wurde der Bestand der Huftiere bislang nicht reduziert, sondern im Wald gleichmässig verteilt. Die Verbissschäden im Wald wurden geringer. Interessanterweise wird der Aufwand für den Waldschutz gegen Verbiss offiziell nicht angegeben, doch laut dem Bergwaldprojekt sind es jährliche Kosten in Millionenhöhe. Die Geldbeträge für Entschädigungen für Wolfsrisse und Herdenschutzmassnahmen sind um einiges kleiner.

Ein weiteres Argument gegen den Wolf ist, dass er in der kleinräumigen Schweiz keinen Platz hat. Studien zeigen aber, dass insbesondere das Alpen- und das Juragebiet genug Platz für Wolfsrudel bieten. Und auch im Mittelland können Wölfe durchziehen. Manche haben Angst vor Bär und Wolf. Doch diese Tiere sind grundsätzlich nicht gefährlich. Der Mensch steht nicht auf ihrem Speiseplan. Ich schliesse mich ganz den Worten des obersten Wildhüters der Schweiz, Reinhard Schnidrig, an: «Lebensraum gibt es. Die Frage ist, ob wir im Kopf Platz machen für Bär und Wolf.» ■



Lebensraum gibt es. Die Frage ist, ob wir im Kopf Platz machen für Bär und Wolf.
Bild: David Gerke, Gruppe Wolf Schweiz



Der Feldhase steht wie die Waldschnepe und der Birkhahn auf der Roten Liste bedrohter Arten. Trotzdem sollen sie laut dem neuen Jagdgesetz weiterhin geschossen werden können. Bild Alex Labhardt



30

African Mirror

Montag, 20. April
20 Uhr, Kino Gotthard Zug

René Gardi war der Mann, der in den 50er- und 60er-Jahren Afrika in die Schweizer Wohnstuben holte. In unzähligen Produktionen schwärmte er von den schönen, nackten Wilden. Er kreierte mit seinem Werk Kolonien für die Schweiz, deren damalige Haltung heute oft als «Kolonialismus ohne Kolonien» bezeichnet wird. Die Filmmontage aus Gardis umfassendem Nachlass lädt ein, damalige Betrachtungsweisen kritisch zu hinterfragen und zu erkennen, wie Filme entstehen. Die ambivalenten Bilder spiegeln unser europäisches Selbstverständnis und prägen bis heute ein teils problematisches Afrikabild. Eine intensive Zeitreise, die ungläubig Augen und Ohren staunen lässt. Mischa Hedinger ist anwesend für Q&A.

**Paths of Life**

Montag, 11. Mai
20 Uhr, Kino Gotthard

Die Wege des Lebens sind verschlungen, selten vorhersehbar und enden manchmal abrupt. Wie gehen Menschen damit um? Die Protagonisten des Films zeigen, wie es ihnen gelungen ist, aus Lebenskrisen herauszufinden, Ballast abzuwerfen und neue Wege zu beschreiten. Dabei kommen kreative Elemente,

Abspaltungsrituale und rigore Befreiungsaktionen zum Zuge. Denkanstösse eines mitwirkenden Philosophen regen zu Veränderung an. Ein positiver Film, der Mut macht, seinem inneren Ruf zu folgen und seinen Weg zu gehen, selbst wenn das Ziel noch nicht erkennbar ist. Thomas Lüchinger ist anwesend für Q&A.

**Plötzlich Heimweh**

Montag, 8. Juni
20 Uhr, Kino Gotthard

Die chinesische Fernsehreporterin Yu Hao erzählt ihre bewegende Migrationsgeschichte ins Appenzell, wo sie heute lebt und sich erstmals in ihrem Leben daheim fühlt. 13 Jahre hat sie von aussen, durch ihre Kameralinse, auf Land und Leute geblickt und dabei auch ihr Heimatland reflektiert betrachtet. Ein intimer Film über den Wunsch nach Zugehörigkeit, in einem Land mit verwurzelten Traditionen und fantastischen Landschaften. YU Hao ist anwesend für Q&A.



Freundlich Grüsse
Elke Mangelsdorff
FLIZ FilmLiebhaberInnen
Zug

**Mittwoch, 1. April 2020****Podiumsgespräch über Philipp Etter**

19.30 Uhr, Bibliothek Zug
Josef Lang, alt Nationalrat und Historiker, Martin Pfister, Regierungsrat und Historiker; Ruth Fivaz-Silbermann, Historikerin; Thomas Zaugg, Historiker

Mittwoch, 1. April 2020

Filmvorführung
«Der Konzern-Report»
19.30 Uhr, Lorzensaal, Cham

Mittwoch, 1. April 2020

Alternative Monatsbar, Themenabend Jagdgesetz
im Siehbachsaal Zug
Gute Gespräche und feines Essen. Es kochen die Alternative – die Grünen aus dem Ägerital. Ab 18.30 Uhr. Um 20 Uhr Themenabend mit Podium und Parolenfassung

Freitag, 3. April 2020

Sessionsrückblick
mit Manuela Weichelt, Moderation: Christoph Zumbühl, im Gemeindesaal Dreiklang, Steinhausen, 18.30 Uhr Apéro, 19 Uhr Gespräch

Freitag, 3. April 2020

Filmvorführung
«Der Konzern-Report»
ab 18.30 Uhr, Foyer Gemeindesaal, Steinhausen
GV Grüne mit vorgängigem öffentlichem Anlass mit unserer Nationalrätin Manuela Weichelt

Montag, 6. April 2020

Filmvorführung
«Der Konzern-Report»
19.30 Uhr, Pfarreisaal St. Martin, Asylstrasse 1, 6340 Baar

Mittwoch, 8. April 2020

Filmvorführung
«Der Konzern-Report»
19.30 Uhr, Verensaal Zentrum Dorfmat, Rotkreuz

Montag 20. April 2020

Cryptoleaks mit Res Strehle
20 Uhr, Siehbachsaal, Zug
Es referieren Chris Blumer, die Tochter des 1992 im Iran inhaftierten Crypto-Verkäufers Hans Bühler, Res Strehle, dessen Buch «Verschlüsselt» im März 2020 neu aufgelegt wird, und Josef Lang, jahrzehntelanger Crypto-Kritiker. Organisiert von der Alternative – die Grünen Zug und von der Jungen Alternative Zug. Die Veranstaltung ist eine Neuauflage des Anlasses vom 7. Oktober 1994 im Casino mit Res Strehle und Hans Bühler.

Montag, 20. April 2020

Filmvorführung
«Der Konzern-Report»
19.30 Uhr, Sonnenhof, Alte Landstrasse 73, Unterägeri

Mittwoch, 29. April 2020

Filmvorführung
«Der Konzern-Report»
19 Uhr, Pfarreizentrum St. Michael, Kirchenstr. 15, Zug

Freitag, 1. Mai 2020

Tag der Arbeit
voraussichtlich ab 17 Uhr auf dem Landsgemeindeplatz bei Schlechtwetter im Burgbachsaal



Mittwoch, 6. Mai 2020
Alternative Monatsbar mit
Jahresversammlung, im
Siehbachsaal Zug
 Gute Gespräche und feines Essen. Es kochen die Grünen Stadt Zug, Ab 18.30 Uhr
 Um 20 Uhr Jahresversammlung ALG Kanton Zug

Samstag, 15. Mai 2020
11:59 Uhr, schweizweiter
Klimaalarm
 Klimaalarm mit viel Lärm, Wecker etc., ab 16 Uhr werden in allen grösseren Städten Demos organisiert von Klimastreik-Regionalgruppen

Dienstag, 26. Mai 2020
19.30 Uhr, Bibliothek Zug
 Buchvernissage Josef Lang, Geschichte der Demokratie in der Schweiz (1700–2020), Begrüssung und Moderation durch Bruno Meier, Hier und Jetzt Verlag, Gespräch mit dem Autor und Monika Dommann, Professorin für Geschichte der Neuzeit an der Uni Zürich.

Samstag, 6. Juni 2020
10 bis 12 Uhr, öffentlicher
Anlass zum Thema «Erholungs-konzept Steinhauser Wald»
 mit anschliessendem Apéro (Infos folgen)

Unterschreibe die Konzern-
verantwortungsinitiative!
 konzern-initiative.ch

Unterschreibe die Initiative
«Kampfjet NEIN!»

Unterschreibe die Initiative
Mikrosteuer
 Nachlesen:
 BULLETIN 1/2018
 mikrosteuer.ch

Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug
 Metallstrasse 5, 6300 Zug
 041 711 99 09
 www.alternative-zug.ch
 info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
 Alternative – die Grünen Zug:
 Jeweils Nachmittags von Montag bis Donnerstag
 E-Mails an:
 info@alternative-zug.ch werden von Mo–Fr bearbeitet.

Alternative – die Grünen Baar
 Anna Lustenberger-Seitz
 info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Menzingen
 Barbara Beck-Iselin
 b.beck-iselin@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri
 Cornelia Mayinger
 cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug
 Metallstrasse 5, 6300 Zug
 info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri
 Philipp Röllin
 roellin.ph@bluewin.ch

Grünes Forum Hünenberg
 Rita Hofer
 rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz
 (ehemals Gleis 3 Alternative Risch)
 Hanni Schriber-Neiger
 hanni@schribers.ch

Grüne Steinhausen
 Edith Seger Niederhauser
 Postfach 123
 6312 Steinhausen
 steinhausen@gruene-zug.ch

Junge Alternative Zug
 Konradin Franzini und Gurbetelli Yener
 Metallstrasse 5, 6300 Zug
 junge@alternative-zug.ch

Krifo Alternative Cham
 Roman Ambühl
 cham@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat
 alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz
 gruene.ch



Facebook
 fb.com/AlternativeZug



Twitter
 @AlternativeZG



Instagram
 @alternativegruene



WhatsApp-Newsletter
 Sende deinen Namen per
 WhatsApp an 079 519 81 91



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen.

BULLETIN
 Bulletin Nr. 1, 21.3.2020
 erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
 Verein DAS BULLETIN

Adresse:
 BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug,
 Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
 Natalie Chiodi
 Luzian Franzini
 Hansjörg Glauser
 Hansruedi Küttel
 Lorenzo Martinoni

Kontakt:
 bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorin: Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
 S.H.E.D. GmbH

Produktion:
 Satz, Bild und Druck:
 DMG Zug, dmg.ch

Gedruckt auf Refutura GSM,
 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC-zertifiziert

Titelbild: Paula Gisler

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
 KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
 Unterstützungsabo: Fr. 50.–
 Mitgliederbeitrag Verein
 DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
 Verein DAS BULLETIN,
 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 2/2020:
 Freitag, 12. Juni 2020

Erscheinungsdatum
 Samstag, 4. Juli 2020

DAS BULLETIN
 bulletin-zug.ch



P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-zug.ch